

Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob, Sabine am Orde (Redaktion)



Rechte Allianzen in Europa

Wie sich NationalistInnen gegen die EU verbünden

**Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2019**

OBS-Arbeitspapier 38

OBS-Arbeitspapier 38
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

www.otto-brenner-stiftung.de

Redaktion:

Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob,

Sabine am Orde

Weitere AutorInnen:

Tristan Berteloot, Katarzyna Brejwo, Annalisa Camilli,

Márton Gergely, Nina Horaczek, Anna Jikhareva,

Johanna Luysen, Bartosz Wielinski, Jacopo Zanchini

taz-Koordination:

Malene Gürgen

OBS-Redaktion und Projektsteuerung:

Jupp Legrand (OBS)

Satz und Gestaltung:

think and act –

Agentur für strategische Kommunikation

Titelbild:

Luca Bruno/AP

Redaktionsschluss:

1. August 2019

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Frankreich, Italien, Polen und Ungarn – das sind die Länder, in denen rechtspopulistische Parteien bei der Wahl zum Europäischen Parlament Ende Mai 2019 stärkste Kraft wurden. In vielen weiteren EU-Ländern erzielten rechte Parteien große Wahlerfolge; sie erhielten dort die zweit- oder drittmeisten Stimmen.

Welche Folgen hat dieser europaweite Aufstieg des Nationalismus und Rassismus, was bedeutet er für die europäische Idee? Wer zuhört, bekommt es explizit gesagt, etwa von Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Das Jahr der EU-Wahl 2019 bezeichnete er in einer Rede vor AnhängerInnen als „historisches Jahr“ für alle GegnerInnen von Multikulturalismus und Migration – und schlussfolgert: „Wir sagen ‚Auf Wiedersehen‘ zur liberalen Demokratie in Europa.“ Deutlicher kann man einen Kulturkampf kaum ankündigen. Geht es nun überall so weiter? Gelingt es den Rechten dieses Kontinents, die liberalen Demokratien zu zerschlagen?

Zweifellos sind die RechtspopulistInnen im Aufwind, und das fast flächendeckend. Sie streben eine Gesellschaft an, in der viele nicht leben sollen – und andere es nicht wollen. Das Bild, das die Rechten abgeben, ist heute jedoch oft diffus, es zerfasert an den Rändern, und die Übergänge zum Rechtsextremismus sind fließend. Gleichzeitig hat sich rechte Ideologie in der gesellschaftlichen Mitte längst ausgebreitet. RechtspopulistInnen stellen diese Uneindeutigkeit bewusst her – durch ihre Sprache, ihre Bündnisse, ihre Auftritte. So verweisen sie einerseits gerne auf ihre bürgerliche Seite, repräsentieren aber inhaltlich ein Spektrum, das vom entfremdeten Konservatismus bis zum glühenden Hass gegen Eliten und Minderheiten tief in der rechtsextremen Szene reicht. Politisch ebenso „vielfältig“ sind die Hintergründe der Funktionäre und Mitglieder: Ehemalige Konservative und (Wirtschafts-)Liberale bringen ihre Netzwerke und Kontakte genauso für die Partei(en) ein, wie dies eindeutig rechtsextreme MitarbeiterInnen oder Abgeordnete tun. Europa ist RechtspopulistInnen dabei negativer und positiver Bezugspunkt zugleich: Sie dämonisieren die EU als Angriff auf die nationale Souveränität – und bilden gleichzeitig auf europäischer Ebene Allianzen. Eine Internationale der NationalistInnen mag für viele zunächst widersprüchlich klingen. Heute existieren die rechten Parteien Europas aber nicht nur nebeneinander: Es gibt Synergien, Kooperationen und Koordination.

Genau an dieser Stelle sind aber viele Fragen offen: Wo lernen rechte Parteien strategisch voneinander, wo gibt es konkrete Zusammenarbeit? Welche Themen sind länderübergreifend wichtig, welche außerparlamentarischen Akteure spielen in diesen Netzwerken eine Rolle? Wo tun sich Konflikte auf, welche inhaltlichen Widersprüche wirken einem einheitlichen rechten Block in Europa entgegen?

Und: Wie groß ist das Interesse, diese Widersprüche zu überwinden und tatsächlich eine Internationale der NationalistInnen zu bilden?

Diesen und weiteren Fragen ist der Rechercheverbund „Europe’s Far Right“ nachgegangen. JournalistInnen aus sechs EU-Ländern und der Schweiz haben rund um die EU-Wahl 2019 gemeinsam recherchiert, wie sich die europäischen Rechte über nationale Grenzen hinweg vernetzt. Die Gründung des Rechercheverbunds ist dabei auch ein Zeichen der Solidarität in Zeiten, in denen Angriffe auf die Pressefreiheit massiv zunehmen – in Ungarn und Polen, aber auch in Italien oder Österreich. Den rechten Attacken setzt der Verbund eine länderübergreifende Zusammenarbeit entgegen, um neben der eigentlichen Recherche einen Beitrag für eine progressive europäische Öffentlichkeit zu leisten, in welcher solche Angriffe nicht unbeantwortet bleiben. Die Ergebnisse der Recherchen wurden in den beteiligten Zeitungen veröffentlicht: In der *taz* (Deutschland), in *Libération* (Frankreich), *Internazionale* (Italien), der *Gazeta Wyborcza* (Polen), der *WOZ* (Schweiz), im *Falter* (Österreich) und in der *Heti Világgazdaság* (kurz: *hvg*; Ungarn).

Das vorliegende Arbeitspapier bietet eine Zusammenfassung, Systematisierung und Ergänzung der Erkenntnisse. Es stellt die europäische Erweiterung der Arbeit dar, die mit dem OBS-Arbeitspapier 30 („Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag“) für die Situation in Deutschland begonnen wurde. In Zeiten des europäischen, gar globalen Anstiegs von Nationalismus, Rassismus und Demokratieverachtung ist es zwingend notwendig, die Formierungen am rechten Rand nicht nur als jeweiliges nationales Phänomen zu begreifen, sondern den Blick für die transnationale und europäische Dimension, für die Gemeinsamkeiten und Unterschiede über Ländergrenzen hinweg zu öffnen. Stiftung und Autoren hoffen, dass die Recherche und das Arbeitspapier einen Beitrag dazu leisten.



Jupp Legrand
OBS-Geschäftsführer
Frankfurt/Main, im August 2019



Barbara Junge
Stellvertretende *taz*-Chefredakteurin
Berlin, im August 2019

Inhalt

1	Im Aufwind: Rechte Parteien in Europa	6
1.1	Deutschland: AfD.....	6
1.2	Österreich: FPÖ	7
1.3	Italien: Lega	8
1.4	Ungarn: Fidesz	10
1.5	Polen: PiS	11
1.6	Schweiz: SVP.....	12
1.7	Frankreich: Rassemblement National	13
2	Vernetzung und Strategien anhand ausgewählter Themengebiete	15
2.1	Umgang mit Medien	15
2.2	Der Kampf gegen Frauenrechte und sexuelle Selbstbestimmung	17
2.3	Einfluss auf die Klimapolitik	19
2.4	Das Verhältnis zu Russland.....	22
2.5	Einfluss auf die europäische Migrationspolitik.....	24
2.6	Attacken gegen eine zivilgesellschaftliche Organisation.....	27
3	Nach der Wahl: Auf dem Weg zum europäischen Rechtsblock?	30
3.1	Analyse der Wahlergebnisse	30
3.2	Ausblick auf die Zeit nach der Wahl.....	32
	Anhang	
	Literaturauswahl	35
	AutorInnenverzeichnis.....	36

1 Im Aufwind: Rechte Parteien in Europa

Fast überall in Europa konnten rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien in den letzten Jahren Erfolge erzielen. Manche dieser Parteien gibt es schon seit Jahrzehnten, andere wurden erst vor vergleichsweise kurzer Zeit gegründet. Manche sind fest mit dem bürgerlich-konservativen Lager verwachsen, andere positionieren sich selbst klar am rechtsextremen Rand – oder sind auf dem Weg dorthin. Die folgende Auswahl soll einen Eindruck davon verschaffen, unter welchen jeweiligen nationalen Bedingungen die Parteien erstarken konnten, sie soll aber auch zeigen, wo Gemeinsamkeiten über Ländergrenzen hinweg zu finden sind.

1.1 Deutschland: AfD

Betrachtet man Europas RechtspopulistInnen im Vergleich, kann die Alternative für Deutschland (AfD) als Nachzüglerin gelten – und auch als relativ kleine Nummer. Gerade einmal sechs Jahre alt ist die Oppositionspartei; sie hat 33.000 Mitglieder bei einer Bevölkerung von 82 Millionen. Bei der Bundestagswahl 2017 holte sie 12,6 Prozent der Stimmen, ist inzwischen aber auch in allen Landesparlamenten und im Europaparlament vertreten.

Anfangs prägen vor allem Wirtschaftsprofessoren das Bild der AfD. Ihr Thema: die Kritik am Euro und der Eurorettungspolitik der Bundesregierung. Ihr Aushängeschild: Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke aus Winsen an der Luhe in Niedersachsen, evangelisch-reformierter Christ, Vater von fünf Kindern. Doch von Anfang an ist die AfD eine heterogene Partei, in der sich sehr unterschiedliche

Strömungen zusammenfinden. Der Soziologe Andreas Kemper spricht im Wesentlichen von dreien: einer neoliberalen, einer christlich-fundamentalistischen und einer national-völkischen Strömung. Die Mehrheiten in der AfD haben sich seit der Gründung deutlich von der ersteren zur letzteren verschoben.

Zum ersten großen Einschnitt kommt es im Sommer 2015 beim Bundesparteitag in Essen, als die Partei ihre Gründungsfigur Lucke in die Wüste schickt. Viele in der Partei wollen sich von seinem Führungsstil, aber auch von seinem aus ihrer Sicht zu moderaten Kurs befreien. Die AfD soll – so sehen es die UnterzeichnerInnen der „Erfurter Resolution“, die unter anderem der Thüringer Björn Höcke gegen Lucke in Stellung bringt – nicht nur parlamentarische Kraft, sondern auch „Widerstandsbewegung“ auf der Straße sein.

Nach der Spaltung stürzt die AfD in den Umfragen kurzzeitig ab – bis zum Flüchtlingsherbst 2015. „Ein Geschenk für uns“, nennt diesen Alexander Gauland, der früher als aufgeschlossener Konservativer galt und heute als Partei- und Fraktionschef der AfD seine schützende Hand über die Rechtsaußen in seiner Partei hält. Die AfD positioniert sich als *die* Antiflüchtlingspartei und die Zustimmung steigt in den Umfragen.

Das beste Ergebnis bislang erzielt sie mit 24,3 Prozent im Frühjahr 2016 bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und landet direkt hinter der CDU. Doch nicht nur in dem strukturschwachen Land, auch im reichen Baden-Württemberg, wo zeitgleich gewählt wird, hat die AfD mit 15,1 Prozent Erfolg. Das zeigt: Es sind nicht

nur die sogenannten Abgehängten, die für die AfD stimmen. Es ist mehr ein Kultur- und weniger ein Klassenkampf, der sich hier Bahn bricht.

Als die AfD im Herbst 2017 in den Bundestag einzieht, ist das eine Zäsur. Erstmals seit den 1960er-Jahren sitzt dort nun eine Partei rechts von der Union. Der Ton im Parlament verschärft sich merklich, die AfD nutzt es als Bühne und lässt sich in den sozialen Netzwerken dafür feiern. Mit der Wahl der AfD hält auch die neurechte und rechtsextreme Szene Einzug in den Bundestag – zahlreiche Stellen in der AfD-Fraktion werden mit Mitgliedern aus ihren Reihen besetzt. Und die Neue Rechte freut sich, in der AfD einen parlamentarischen Arm gefunden zu haben, nach dem sie sich lange sehnte.

Gut zwei Jahre lang eilt die AfD von Erfolg zu Erfolg. Nichts scheint ihr wirklich zu schaden: Nicht die Aussagen Höckes, die an die Rassen-theorie der Nazis erinnern, nicht Gaulands Bezeichnung des Nationalsozialismus als einen „Vogelschiss“, nicht der Abgang der ehemaligen Parteichefin Frauke Petry, von ihr damit begründet, dass die AfD zu weit nach rechts gerutscht sei. Erst als im Herbst 2018 AfD-Spitzenpolitiker gemeinsam mit Rechtsextremisten und Neonazis in Chemnitz demonstrieren, wird der Höhenflug gebremst. Der Verfassungsschutz stuft den „Flügel“ und die AfD-Nachwuchsorganisation „Junge Alternative“ Anfang 2019 als Verdachtsfälle für rechtsextreme Bestrebungen ein. Hinzu kommen Spendenaffären und Ermittlungsverfahren, unter anderem gegen Fraktionschefin Alice Weidel.

Bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern bleibt die AfD im Herbst 2018 hinter ih-

ren selbst gesteckten Zielen zurück, das Gleiche gilt für die Europawahl im Mai 2019. Das liegt vor allem an den westdeutschen WählerInnen. Den Erfolg der AfD in Ostdeutschland trübt das bislang nicht.

1.2 Österreich: FPÖ

Bis zum 18. Mai 2019 strotzten die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und ihr damaliger Chef, Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache, vor Selbstbewusstsein – und die Umfragen gaben ihnen meistens recht. Bis zu jenem Tag, an dem ein aufschlussreiches Video, zwei Jahre zuvor in einer Villa auf Ibiza heimlich aufgenommen, publik wurde – und die Regierung in Österreich sprengte.

Die Geschichte der FPÖ, oder besser: ihrer Vorläuferpartei, beginnt 1949. Damals wird der „Verband der Unabhängigen“ (VdU) gegründet, ein Sammelbecken zahlreicher Altnazis, der 1956 in der neu gegründeten FPÖ aufgeht. Bei der Nationalratswahl 2017 erreicht die FPÖ mit 26 Prozent der Stimmen 51 Mandate im österreichischen Parlament. 41 Prozent der FPÖ-Mandatsträger sind Mitglieder extrem weit rechts stehender Burschen- oder Mädelschaften. Sie geben bis heute die Richtung in der FPÖ vor.

Zwischen 1955 und 1980 bewegt sich die FPÖ in der Wählergunst konstant zwischen 5 und 7 Prozent. Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre versuchen zwei FPÖ-Vorsitzende die FPÖ als liberale Partei ähnlich der deutschen FDP zu positionieren. Das bringt die FPÖ 1983 zwar mit den Sozialdemokraten in die Regierungsverantwortung, aber in den Umfragen

stürzt die FPÖ ab. Daraufhin wählt die Partei 1986 Jörg Haider zum neuen Chef, und mit ihm geht es bergauf. Die SPÖ kündigt nach Haiders Wahl zwar sofort die Koalition, da dieser in der Vergangenheit regelmäßig mit verharmlosenden Aussagen zum Nationalsozialismus aufgefallen war. Doch bei der folgenden Wahl legt die FPÖ deutlich zu.

Haider macht die FPÖ zur einzigen offenen Anti-EU-Partei, nutzt Volksabstimmungen und formt sie zu einer extrem aggressiven rechtspopulistischen Protestpartei – in Europa damals eine Neuheit. Das führt zu innerparteilichen Konflikten, eine Gruppe spaltet sich ab.

In Haiders Bundesland Kärnten wächst die Zustimmung zur FPÖ bis 1994 auf 33 Prozent. Schon 1989 wird Haider dort Landeshauptmann, 1999 erneut und bleibt es bis zu seinem tödlichen Autounfall 2008. Im Herbst 1999 gelingt der FPÖ mit Haider als Spitzenkandidaten das beste bundesweite Wahlergebnis aller Zeiten: 27 Prozent, Platz zwei. Am 4. Februar 2000 wird die ÖVP/FPÖ-Regierung in Österreich vereidigt, erstmals übernimmt eine Partei der extremen Rechten in Europa Regierungsverantwortung. Die EU verhängt Sanktionen. Haider allerdings zieht sich nach Kärnten zurück und gibt den Parteivorsitz ab.

Zwei Jahre später implodiert die Koalition infolge der Zerstrittenheit der FPÖ, bei den Neuwahlen verlieren die Freiheitlichen massiv und werden dennoch ein zweites Mal Juniorpartner der Konservativen. Das gibt den Kritikern innerhalb der FPÖ Aufwind. Und wieder sind es die deutschnationalen völkischen Burschenschaften, die innerhalb der FPÖ auf Opposi-

tion schalten. Einer von ihnen: Heinz-Christian Strache, der seine jungen Jahre in der österreichischen und deutschen Neonaziszene verbrachte und seit seinem Eintritt in die FPÖ im März 1989 in der Wiener Landesgruppe Karriere machte. Strache fordert Haider heraus; als dieser merkt, dass er im Bundesvorstand der FPÖ keine Mehrheit mehr hat, verlässt er im April 2005 die FPÖ und gründet das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ). Strache übernimmt die FPÖ. Bei der Nationalratswahl 2008 gewinnen beide: Straches FPÖ erzielt 17,54 Prozent, Haiders BZÖ 10,7 Prozent.

Kurz danach stirbt Haider bei einem Verkehrsunfall, Strache wird somit unangefochtene Nummer eins – und bleibt dies die folgenden elf Jahre. Unter Strache radikalisiert sich die FPÖ noch einmal und entdeckt Muslime als neues Feindbild. Als die FPÖ im Dezember 2017 erneut eine Regierungskoalition mit der ÖVP bildet, gelangen die deutschnationalen Burschenschafter in den von der FPÖ geführten Ministerien an die Schalthebel der Republik – bis Straches Ibiza-Abenteuer die FPÖ aus der Regierung hinauskatapultiert.

1.3 Italien: Lega

Die Lega, die sich unter ihrem Chef Matteo Salvini, heute Vizepremier und Innenminister Italiens, als Verteidiger der Nation darstellt, hieß bis 2018 „Lega Nord per l'Indipendenza della Padania“ – „Liga für die Unabhängigkeit Padaniens“ – und war eine Separatistenpartei. 1989 wird sie von mehreren Gruppen gegründet, die für die Autonomie ihrer jeweiligen

Regionen im Norden des Landes eintreten. Sie wollen diese Gebiete der Kontrolle von „Roma ladrona“, dem diebischen Rom, entziehen. 1992, als die sogenannte Erste Republik nach Korruptionsskandalen und unter dem Druck der Mafia zusammenbricht, erreicht die Lega Nord bei den Wahlen italienweit 8 Prozent – obwohl sie weder in Mittel- noch in Süditalien angetreten war. Gebracht hat den Erfolg eine Kampagne voller Wut, Sezessionismus und antipolitischer Ressentiments. Parteivorsitzender ist zu jener Zeit Umberto Bossi, der mit empörenden Ausfällen über Italien, Rom, den Süden und gesellschaftliche Minderheiten auf sich aufmerksam macht.

1994 verbünden sich Bossi und seine Männer erstmals mit Silvio Berlusconis Partei „Forza Italia“ und ziehen in die Regierung ein. Ab 2001 regiert ein Block um den Ministerpräsidenten Berlusconi, Bossi und ihren Rechtsaußen-Koalitionspartner Gianfranco Fini, seinerzeit Vorsitzender der postfaschistischen „Alleanza Nazionale“. Mit anderen rechten Kräften siegt die Lega Nord auch bei Regionalwahlen, seitdem regiert sie in vielen Provinzen und Städten in Mitte-rechts-Koalitionen mit.

2012 muss Bossi vom Parteivorsitz zurücktreten. Er ist krank und gezeichnet von Affären. Ihm folgt sein langjähriger politischer Ziehsohn, Roberto Maroni, und als dieser 2013 Präsident der Region Lombardei wird, Matteo Salvini. Zu diesem Zeitpunkt ist die Lega Nord schon lange sein Leben, sein Studium hat er abgebrochen. Salvini tauscht die Führungsrige aus und ändert die Agenda: Die Hauptfeinde sind jetzt nicht mehr die Südtaliener und Rom, sondern die Ein-

wanderInnen und die Europäische Union. Mit ihm geht die Lega Nord weiter nach rechts und positioniert sich als nationale Antiimmigrantenpartei, die eng mit dem Katholizismus verbunden ist. 2014 gründet er eine Bewegung namens „Wir mit Salvini“, die mit im Zentrum und im Süden des Landes verwurzelten Gruppen eng zusammenarbeitet. Besonders hart attackiert er den Islam. Seine wirtschaftspolitische Linie bleibt ambivalent. Er will mehr öffentliche Investitionen und eine Absenkung des Rentenalters, ist aber unter anderem für niedrigere Steuern und gegen einen Mindestlohn.

2018 schließlich stellt sich die Partei offiziell italienweit auf. Aus dem historischen Motto „Der Norden zuerst“ wird „Die Italiener zuerst“; die Partei heißt jetzt nur noch Lega. Bei den Wahlen im Frühjahr erringt sie landesweit 17 Prozent und schneidet auch in Mittel- und Süditalien gut ab. Erstmals ist sie die dominierende Partei im rechten Lager und geht eine Koalition mit dem populistischen „Movimento 5 Stelle“, zu Deutsch 5-Sterne-Bewegung, ein, die sich selbst als „postideologisch“ ansieht. Salvini wird Vizepremier und Innenminister.

Er beschäftigt sich mit allen Regierungsfragen und diktiert häufig die Linie der Koalition. Sein Hauptthema ist Sicherheit; er fährt eine obsessive Kampagne gegen Einwanderung, oft gezeichnet von Rassismus. Seine Kombination von Antiimmigrationspropaganda, einer EU-skeptischen Linie und Sozialprojekten wie der vorübergehenden Absenkung des Rentenalters hat Erfolg: Salvini wird immer beliebter. Im April 2019 stellt er sich an die Spitze eines europäischen Bündnisses rechter

Parteien, das zunächst als „Europäische Allianz der Völker und Nationen“ firmiert. Hauptverbündete sind Marine Le Pen, die FPÖ und die AfD. Bei den Wahlen im Mai bekommt die Lega 34 Prozent – doppelt so viel wie ein Jahr zuvor.

1.4 Ungarn: Fidesz

Aus heutiger Sicht ist es schwer vorstellbar, aber als Viktor Orbán und 37 andere junge Leute sich am 30. März 1988 im Untergeschoss eines Studentenwohnheims in Budapest treffen und den „Fiatal Demokraták Szövetsége“ (Bund Junger Demokraten), kurz: Fidesz, gründen, war dies eine radikal liberale Bewegung – ohne Hierarchie und ohne Chef. Die Partei wurde von sechs Sprechern vertreten. Während sich der kommunistische Staat in diesen Monaten langsam auflöst, will die Bewegung den kommunistischen Jugendverband KISZ herausfordern.

Fidesz kämpft für die Umdeutung des Aufstands von 1956, der jahrzehntlang totgeschwiegen und als Konterrevolution diskreditiert wurde. Orbán und seine Mitstreiter werden von der Polizei daran gehindert, Gedenkdemos durchzuführen, und in Gewahrsam genommen. Viele Fidesz-Aktionen werden von dem ungarischstämmigen US-Milliardär George Soros gefördert, der Stipendien, Studienreisen und Kopiermaschinen finanziert. Jahrzehnte später wird Fidesz Soros zum Feindbild erklären.

Fidesz ist in den späten 1980er-Jahren eine bunte Truppe, aber schon jetzt ragt Orbán heraus. Der Durchbruch gelingt dem damals 26-jährigen Jurastudenten am 16. Juni 1989. Die sterblichen Überreste von Opfern des Auf-

standes von 1956 werden aus einem Massengrab geholt, einen Tag lang am Heldenplatz aufgebahrt und dann in Einzelgräbern bestattet. Hunderttausende wohnen der Zeremonie bei. In seiner Rede fordert Orbán die Sowjets auf, die Rote Armee sofort aus Ungarn abziehen. Orbán und ein Mitstreiter dürfen am Runden Tisch die Regeln der Nachwendordnung mit aushandeln. Zwanzig Jahre später wird Orbán diese Ordnung zunichte machen.

Bei den ersten freien Wahlen im Jahr 1990 gewinnt Fidesz knapp 9 Prozent der Stimmen. Als aber der Regierungschef erkrankt, vollzieht Orbán mit Fidesz eine Wende. Orbán spürt, dass er mehr Erfolgchancen haben wird, wenn er das linke Spektrum verlässt und Fidesz den Platz der desolaten rechten Zentrumspartei einnimmt. 1993 bekommt Fidesz eine strikte Hierarchie, Orbán wird zum ersten Parteichef, und die Partei wird in „Fidesz – Ungarische Bürgerliche Partei“ umbenannt.

Drei Jahre nach der Wende steht Fidesz in den Umfragen zwischenzeitlich bei 40 Prozent. Doch die ideologische Kehrtwende führt zu einer ersten Welle von Parteiaustritten, die Nachricht vom heimlichen Verkauf der Parteizentrale, die Fidesz wie alle Parteien nach der Wende vom Staat erhalten hatte, zu einer zweiten. Bei den Wahlen 1994 erreicht die Partei nur 7 Prozent. 1998 geht Orbán überraschend mit der „Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums“ (FKGP) eine Koalition ein. Im Mai 1998 wird Orbán, gerade 35 Jahre alt, zum ersten Mal Ministerpräsident. Die einst säkulare Partei verbündet sich mit der Kirche, macht antisemitischen Wähler-

Innen Avancen und nähert sich Revisionisten an. 2002 und 2006 verliert Fidesz die Wahl. Orbán ist sicher, dass die linksliberalen Medien schuld seien. Doch der Fidesz-Chef steht nun intern unter Druck.

Geleakte Aufnahmen, in denen Ministerpräsident Gyurcsany zugibt, immer wieder gelogen zu haben, retten Orbán. In Budapest gibt es Straßenschlachten, die Zentrale des staatlichen Rundfunks brennt. Orbán mobilisiert auf den Straßen. Am 50. Jahrestag des Aufstandes von 1956 kommt es zur größten Demonstration in dieser Zeit. Die ungarische Politik ist polarisiert. Die Linken wollen Orbán um jeden Preis von der Macht fernhalten, und die Rechten glauben fortan, im Kampf gegen die Sozialisten wäre jedes Mittel recht.

Die Finanzkrise von 2008 trifft Ungarn unvorbereitet, der Ministerpräsident stürzt, eine von Sozialisten getragene Expertenregierung muss im Parlament harte Einschnitte durchsetzen. Orbán leugnet deren Notwendigkeit, macht damit Wahlkampf und holt 2010 eine Zweidrittelmehrheit. Orbán und seine Partei können jetzt den Staat nach eigenem Gutdünken umgestalten. Wichtige staatliche Institutionen werden mit Fidesz-AnhängerInnen besetzt, eine neue Verfassung ändert das Wahlsystem, und ein Mediengesetz ermöglicht die Kontrolle über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Orbán sucht Aufmerksamkeit auf der europäischen Bühne und findet sie vor allem beim Thema Migration. Er spricht von einem angeblich geplanten Völkeraustausch, erklärt Soros zum Staatsfeind und erlässt ein sogenanntes Anti-Soros-Gesetz, das für Angehörige von

Nichtregierungsorganisationen, die Flüchtlingen helfen, sogar Haftstrafen möglich macht. 2014 gibt Orbán seiner Ideologie einen neuen Namen: der „illiberale Staat“.

1.5 Polen: PiS

Während Viktor Orbán beim autoritären Umbau Ungarns auf einen langen Atem setzt, entscheidet sich Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der Partei „Prawo i Sprawiedliwość“, deutsch: Recht und Gerechtigkeit (PiS), die Ende 2015 die Wahl gewinnt und eine Alleinregierung bildet, für einen schnellen Angriff auf den polnischen Rechtsstaat und die Demokratie. Das könnte an seinem Alter und möglicherweise an einer ernsthaften Erkrankung liegen oder auch am Tod seines Zwillingbruders Lech, des ehemaligen Staatspräsidenten. Dieser kam im April 2010 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

Die beiden Kaczyński-Brüder spielen in der polnischen Wendezeit Anfang der 1990er-Jahre eine wichtige Rolle. Damals helfen sie Solidarność-Chef Lech Wałęsa die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen und sind kurzzeitig Staatssekretäre. Nach Konflikten mit Wałęsa landen sie im politischen Abseits. Vorübergehend.

Zehn Jahre später kehren sie auf die politische Bühne zurück. Lech Kaczyński wird 2000 Justizminister einer liberal-konservativen Regierung, wird aber bereits nach einem Jahr wegen Illoyalität entlassen. Daraufhin gründet sein Bruder Jarosław die Partei PiS, die bald einen Doppelerfolg feiert. Im Herbst 2005 gewinnt Lech Kaczyński zuerst die Staatspräsidentenwahlen; 2006 wird sein Bruder

Ministerpräsident. Doch die Koalition scheitert bereits nach einem Jahr. 2010 stürzt Lech Kaczyński mit dem Flugzeug im russischen Smolensk ab. Jarosław Kaczyński behauptet, sein Zwillingbruder sei infolge einer Verschwörung ermordet worden – sowohl Russland als auch den damaligen polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk macht er mehrfach für diesen Mord verantwortlich, ohne jemals einen Beweis vorzulegen.

Ab 2010 beginnt Jarosław Kaczyński mit einer tiefgehenden Konsolidierung des rechten Lagers. In fast jeder Ortschaft entstehen Klubs, die offiziell unabhängig von der PiS-Partei sind, ihr ideologisch aber sehr nahe stehen. Viele Unzufriedene werden so mobilisiert. Zwar gab es durch den Beitritt zur EU 2004 einen starken Wirtschaftsschub in Polen, doch nicht die gesamte Bevölkerung profitierte davon. Menschen in der polnischen Provinz etwa fühlten sich vernachlässigt. Kaczyński verspricht, ihnen ihre Würde zurückzugeben – und für jedes Kind ab dem zweiten ein monatliches Kindergeld einzuführen. Außerdem betont er, Polen dürfe sich in Europa nicht länger der deutschen Regierung unterordnen, und er warnt vor der Aufnahme muslimischer Flüchtlinge.

Im Mai 2015 wird Andrzej Duda von der PiS zum neuen Staatenpräsidenten gewählt, im Oktober gewinnt die PiS die Parlamentswahl, Beata Szydło wird Ministerpräsidentin, aber Kaczyński bleibt der starke Mann der Partei. Die Regierung schränkt die Macht des Parlaments ein, baut den öffentlich-rechtlichen Rundfunk um, bringt das Verfassungsgericht auf Linie und versucht dies auch beim obersten Gericht des Landes, dem Pendant zum Bundesgerichtshof.

Aufgrund breiter öffentlicher Proteste und einer Intervention der EU-Kommission konnte sich die PiS damit aber bisher nicht durchsetzen. Aufgrund des Bruchs der Rechtsstaatlichkeit und wegen Verletzung der Werte der EU hat diese ein Verfahren gegen Polen eingeleitet.

1.6 Schweiz: SVP

In der Schweiz sieht es so aus, als könnte die lange Dominanz der RechtspopulistInnen der Schweizer Volkspartei (SVP) mit der Wahl Ende Oktober zu Ende gehen – eine Dominanz, die Anfang der 1990er-Jahre begann und mit der die SVP den öffentlichen Diskurs nicht nur weitgehend bestimmte, sondern ihn auch immer weiter nach rechts verschob.

Allerdings stand auch die SVP nicht immer so weit rechts wie heute. Ihre Geschichte beginnt Anfang des 20. Jahrhunderts – in einem Milieu aus protestantischen Bauern und kleinbürgerlichen Gewerbetreibenden. Bis heute zählen diese zu den treuesten AnhängerInnen der Partei. In den 1930er-Jahren entsteht die Bauern-, Bürger- und Gewerbeartei, aus der 1971 durch einen Zusammenschluss mit zwei kleineren Parteien die SVP hervorgeht. Der Titel „Volkspartei“ deutet die Ambitionen bereits an. Das funktioniert jedoch nur bedingt, bis Christoph Blocher 1977 das Präsidium der Züricher SVP übernimmt und die Sektion komplett umkrempelt. Blocher, damals schwerreicher Manager des Konzerns Ems-Chemie, setzt auf straffe Hierarchien statt auf Mitbestimmung. Er ist geprägt von einem fanatischen Antikommunismus, wie er in der Schweiz damals viele umtreibt.

Unter Blochers Führung wird die SVP erfolgreich wie nie. Trotz seines Vermögens und millionenschwerer Unterstützung anderer Geldgeber gelingt es der SVP bis heute, sich als Vertreterin des „kleinen Mannes“ zu inszenieren. National verschafft sich die SVP mit dem direktdemokratischen Mittel der Volksinitiative Gehör. Besonders im Fokus dabei: die Asyl- und Migrationspolitik sowie die Abgrenzung zur EU. 1992 trägt Blocher wesentlich dazu bei, dass der Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR an der Urne abgeschmettert wird. Über die Jahre wird die Rhetorik der SVP dabei immer aggressiver – und auch immer erfolgreicher.

2007 ist die SVP mit rund 30 Prozent die stärkste Partei des Landes. Ihr größter Erfolg ist aber, dass die bürgerlichen Parteien, insbesondere die liberale FDP, immer stärker dem SVP-Kurs folgen. Anfang der 2000er-Jahre ist Blochers Politikkarriere auf dem Höhepunkt: 2003 wird er in den Bundesrat gewählt, wird Justizminister und treibt als solcher eine immer repressivere Asylpolitik voran. Dann aber verliert Blocher bei den folgenden Wahlen gegen eine Parteikollegin, die gegen den Willen der SVP kandidiert – ein Polit-Coup, den Linke und Christdemokraten eingefädelt hatten. Die Angst vor Blocher und seiner Partei ist fürs Erste verflogen.

Doch jetzt beginnt Blocher, die Schweizer Medienlandschaft umzukrempeln. Schon früher hatte sein Ziehsohn Roger Köppel die *Weltwoche* gekauft, jetzt wird Blocher Mitbesitzer der *Baseler Zeitung*. Hier kann die Partei nun ihre Themen auf die Agenda setzen. Der größte Erfolg der SVP nach der EWR-Abstimmung ist die

„Masseneinwanderungsinitiative“, die im Februar 2014 knapp angenommen wird. Sie stellt den freien Personenverkehr mit der EU und die bilateralen Verträge infrage. Schon zwei Jahre später aber sieht es ganz anders aus: Im Februar 2016 scheitert die „Durchsetzungsinitiative“ der SVP, die die automatische Ausweisung von in der Schweiz aufgewachsenen AusländerInnen schon bei geringen Straftaten verlangte. Die Partei ist zum ersten Mal seit Langem bei ihrem Kernthema Migration gescheitert.

Für die SVP geht es seither offenbar bergab. Wo lange Jahre ein charismatischer Anführer dominierte, ist ein Streit um die Erbfolge entbrannt. Und auch die alten Hetzparolen scheinen in der Bevölkerung immer weniger zu greifen.

1.7 Frankreich: Rassemblement National

Der Front National (FN) ist eine Art Familienbetrieb. Er entsteht 1972 als Zusammenschluss nationalkonservativer und rechtsextremer Bewegungen. Treibende Kraft ist Marine Le Pens Vater Jean-Marie Le Pen, ein Fremdenlegionär und Holocaustleugner. Von 1972 bis 2011 ist er Vorsitzender des FN, der in dieser Zeit seine Wählerschaft unter den Arbeitern Nord- und Ostfrankreichs findet, wo das Ende der Kohle- und Stahlindustrie enorme soziale Verwerfungen nach sich zieht.

Jahrelang tritt die Partei klar antisemitisch und rechtsextrem auf. Trotzdem gelingt es dem Hitzkopf Le Pen, bei den Präsidentschaftswahlen 2002 über 17 Prozent der Stimmen zu holen. Seine Tochter Marine, die schon damals als seine Nachfolgerin gehandelt wird, will mehr. Im folgenden Präsidentschaftswahl-

kampf 2007 fordert sie Schritte zur „Entdiabolisierung“ und „Modernisierung“ der Partei, um in der „Mitte der Gesellschaft“ Themen national besetzen zu können. Jahrelang kann sie sich gegen die Hardliner um ihren Vater nicht durchsetzen. Doch 2011 übernimmt Marine Le Pen den Parteivorsitz. Jean-Marie Le Pen wird 2015 nach wiederholten antisemitischen Äußerungen wegen „schwerer Verfehlungen“ aus der Partei ausgeschlossen. Bei der Neuaufstellung des FN stört er nur noch.

Denn spätestens zu den Präsidentschaftswahlen 2017 ist für Marine das Ziel klar: der Elysee-Palast, der Sitz des französischen Präsidenten. „Wir sind ursprünglich eine Protestpartei“, sagt Le Pen 2018 auf einem Parteitag im französischen Lille. „Es sollte kein Zweifel daran bestehen, dass wir auch eine Regierungspartei sein können.“ Um den Schwenk zu betonen, verändert sie sogar den Namen der Partei in Rassemblement National. Der neue Name soll die Partei bündnisfähig machen. „Unser Ziel ist klar: Macht“, sagt Le Pen.

Doch der Weg dahin ist beschwerlich. 2014 weigern sich die französischen Banken, der Partei genug Geld für den EU-Wahlkampf zu leihen. Daraufhin pumpt sich Le Pen 9 Millionen Euro bei einer russischen Bank. Seither zählt die rechte Partei aus Frankreich zum Putin-Lager unter Europas Rechtspopulisten.

Kurz vor der EU-Wahl 2019 verurteilt der Europäische Gerichtshof Le Pen zur Rückzahlung von 300.000 Euro an das Europaparlament. Dieses wirft Le Pen und weiteren Mitgliedern des Rassemblement National vor, Mitarbeiter als parlamentarische Assistenten bezahlt zu

haben, obwohl diese in Wirklichkeit Parteiaufgaben übernahmen. Le Pen nannte das Urteil eine politisch motivierte „Stinkbombe“.

Mindestens ebenso anrüchig sind die kurz vor der Wahl bekannt gewordenen Verbindungen zwischen dem RN und dem australischen Rechtsterroristen Brenton Tarrant, der im März 2019 51 Menschen erschossen hatte. Tarrant hatte mehrmals an die Identitäre Bewegung (in Frankreich: Génération identitaire) gespendet. Le Pens Wahlkampfleiter, Philippe Vardon, war jahrelang ein Anführer der rechtsextremen Organisation. Und Le Pen selbst wird von Tarrant in dessen „Manifest“ genannt.

Die Causa Tarrant wird Le Pen nicht vorhergesehen haben – dass die Korruptionsvorwürfe des EU-Parlaments ihr nachhängen würden, hingegen schon. Und so zog Le Pen es vor, sich offiziell gar nicht zur EU-Wahl zu stellen: Formal überließ sie die EU-Spitzenkandidatur des RN einem weithin unbekanntem jungen Mann: Jordan Bardella, 23 Jahre alt, mit 16 Jahren in den Front National eingetreten. Wenn er Le Pen auf Reisen begleitet, hält er sich stets diskret im Hintergrund, ohne ihr das Rampenlicht streitig zu machen. „Er ist genau das, was Le Pen will: ihre Marionette“, sagt ein anderer RN-Politiker über Bardella.

Die Strategie zahlt sich aus. Bei den EU-Wahlen im Mai kommt der RN auf 23,3 Prozent. Das ist zwar ein Prozent weniger als bei den Wahlen 2014, aber fast ein Prozent mehr als „La République en Marche!“ des Präsidenten Emmanuel Macron. Und darauf kommt es Le Pen an. Am Wahltag spricht sie von einem „Sieg für Frankreich und für das Volk“.

2 Vernetzung und Strategien anhand ausgewählter Themengebiete

Mögen sie auch noch so strikt nationalistisch ausgerichtet sein, so gibt es unter den rechten Parteien in Europa doch längst auch Kooperationen und Synergien. Mal wird sich abgeschaut, was woanders erfolgreich ist, mal gibt es einen direkten Transfer von Wissen oder Personal, mal werden gemeinsame, länderübergreifende Netzwerke geknüpft, in die auch andere Akteure jenseits des Parlaments eingebunden werden. Das verläuft keinesfalls konfliktfrei: Immer wieder tun sich zwischen den Parteien, ihren Ideologien und insbesondere Strategien auch fundamentale Widersprüche und Unterschiede auf. Nichtsdestotrotz ist das Interesse an Zusammenarbeit gerade in einzelnen politischen Themenfeldern hoch, wie die folgende Auswahl zeigen soll.

2.1 Umgang mit Medien

Es gibt kaum ein europäisches Land, in dem die RechtspopulistInnen nicht an Einfluss gewinnen. Ein wichtiger Teil ihrer Strategie: der Kampf um die öffentliche Meinung. Ein zentrales Mittel ist dabei der Angriff auf die freie Presse. Stellt man sich diesen Angriff als kontinuierliche Entwicklung vor, steht Deutschland noch ziemlich am Anfang; weit fortgeschritten ist sie in Ungarn. Dazwischen liegen Frankreich, Italien, Österreich und Polen.

Die AfD beobachtet die erfolgreichen Strategien der Rechten in anderen Ländern mit großem Interesse. Die öffentlich-rechtlichen Medien unter Kontrolle bringen, die privaten diffamieren und unter Druck setzen – das ist ein Teil der Medienstrategie von Europas

RechtspopulistInnen. Ein weiterer ist der Aufbau einer eigenen Medienlandschaft, die sie Gegenöffentlichkeit nennen. Das Praktische für die RechtspopulistInnen: All dies geht Hand in Hand. Denn je mehr die Glaubwürdigkeit der etablierten Medien untergraben wird, desto bessere Chancen haben die rechten Propagandaorgane, Gehör zu finden.

Nirgends sind die Angriffe der europäischen RechtspopulistInnen auf die freie Presse weiter vorangeschritten als in Ungarn. Hier werden Falschmeldungen, Propaganda und rassistischer Hass von Medien verbreitet, die entweder direkt vom Staat kontrolliert werden oder bereits auf Regierungskurs gebracht wurden.

Seit der Regierungsübernahme 2010 hat Orbán die öffentlich-rechtlichen Medien neu organisiert und zum Staatsfunk umgebaut. Fernsehsender, Radioanstalten und die Presseagentur MTI verloren ihre Eigenständigkeit. Alle Nachrichten werden heute zentral produziert und an verschiedene Plattformen verteilt. Eine einzige Redaktion beliefert fünf Fernsehkanäle, vier Radiosender und bietet Agenturberichte gratis an. Die private ungarische Konkurrenzagentur ist deshalb pleitegegangen. Die Folge: Nachrichten bestehen vor allem aus Lob für die Regierung und Neuigkeiten aus der angeblichen Migrantenhölle Westeuropa.

Dabei helfen RechtspopulistInnen einander medial auch schon mal länderübergreifend aus. Während des Wahlkampfs wies der ungarische Außenminister die Botschaften an, negative Geschichten über MigrantInnen in anderen EU-Ländern zu sammeln. Die Staats-

medien nahmen diese Themen auf. Beliebtes Horrorszenario: Deutschland.

Dort wiederum gibt die AfD ihr Bestes, um „Mainstreammedien“ und „Lügenpresse“ zu verunglimpfen. Das zeugt durchaus von Doppelmoral: Natürlich weiß die AfD, dass sie auf die klassischen Medien nicht verzichten kann. Ein Auftritt von Jörg Meuthen in der ARD-Talksendung *Hart aber fair*, ein Gastbeitrag von Alexander Gauland in der FAZ, ein Interview mit Alice Weidel in den *Tagesthemen* – unbezahlbar. Trotzdem tut die Partei alles, damit die Menschen das Vertrauen in die etablierten Medien verlieren. Und das haben bereits viele tatsächlich: Laut der Forsa-Jahresumfrage vertrauten zuletzt nur noch 40 Prozent der Befragten der Presse insgesamt.

In Frankreich ist die Situation anders: Seit Marine Le Pen 2011 den Vorsitz des Front National von ihrem Vater Jean-Marie Le Pen übernommen hat, bemüht sich die Partei um einen Imagewechsel. Um für breitere Schichten wählbar zu werden, äußert sie sich in einem weniger aggressiven Ton. Teil davon ist auch, dass Marine Le Pen darauf verzichtet, Medien direkt anzugreifen. Der Ruf der Presse ist in Frankreich insgesamt noch deutlich besser als in Deutschland oder Österreich, verbale Angriffe auf JournalistInnen bedeuten deswegen auch ein höheres politisches Risiko.

In Frankreich gibt es, wie überall, allerdings unzählige Onlinemedien, Blogs und Internetseiten, auf denen genau die rechten und verschwörungstheoretischen Inhalte verbreitet werden, mit denen sich WählerInnen für den RN gewinnen lassen. „Fachosphère“ heißt diese

Medienlandschaft in Frankreich. Dort wimmelt es von Diffamierungen der etablierten Medien, die dort nur „merdias“ genannt werden, eine Kombination aus den französischen Wörtern für Medien und Scheiße. Eine Arbeitsteilung, die offenbar gut funktioniert: Marine Le Pen kann die Sauberfrau geben, die Schlamm-schlachten führen andere für sie.

Etablierte Medien auf Linie bringen, Öffentlich-Rechtliche kontrollieren und eigene Publikationen aufbauen – so beeinflusste die FPÖ die öffentliche Meinung nach ihren Vorstellungen, seit sie im Oktober 2017 Teil der österreichischen Regierung wurde. Das wichtigste Instrument, um ihre Botschaften zu streuen, sind jedoch die sozialen Medien.

Ex-Parteichef Heinz-Christian Strache bringt es auf über 766.000 Follower auf Facebook, der Verkehrsminister Norbert Hofer hat 333.000, die Facebookseite der Partei hat 117.000. Auffällig ist das Zusammenspiel zwischen der Strache-Facebookseite, den Facebookseiten der FPÖ-nahen Medien und den Boulevardzeitungen, besonders *krone.at*, dem Onlineableger der größten österreichischen Boulevardzeitung.

So verwundert es nicht, dass auch FPÖ-TV vor allem über Facebook verbreitet wird. In einer guten Woche erreicht FPÖ-TV über die Facebookseiten der FPÖ-Spitzen nach eigener Aussage bis zu 10 Millionen FacebooknutzerInnen.

Ein Vorbild für Mario Hau, der das Social-Media-Team der AfD leitet – und damit für AfD-TV zuständig ist. Hau hat vor zwei Jahren gemeinsam mit dem späteren AfD-Landtagsabgeordneten Joachim Paul in Eigenregie *AfD-TV Rheinland-Pfalz* gegründet – daraus hat sich

später das bundesweite AfD-TV entwickelt. Wie das geht, hat Joachim Paul bei *unzensuriert.at* gelernt. Er habe, erzählt Paul der NZZ, dort einige Zeit als „Mädchen für alles“ gewirkt.

Auch direkt mit der FPÖ wird der Austausch gepflegt. So hat etwa der engste Mitarbeiter von Fraktionschefin Alice Weidel, der auch für die Pressearbeit zuständig ist, zuvor bei der FPÖ gearbeitet. Wäre es nach Weidel gegangen, hätte die Fraktion heute auch eine Geschäftsführerin mit FPÖ-Vergangenheit: Martina Schenk. Weidel konnte sich mit dieser Personalie aber nicht durchsetzen.

In Polen beginnt der Krieg gegen die öffentlich-rechtlichen Medien bereits wenige Wochen nach der Regierungsübernahme. Seit drei Jahren regiert die PiS das Land, im Parlament kann sie auf eine absolute Mehrheit zählen. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen TVP und der Rundfunk *Polskie Radio* wurden zum ersten Opfer der Regierungspartei: Ein Gesetz, das der Regierung die volle Kontrolle über die Staatsmedien übertrug, wurde innerhalb weniger Sitzungstage verabschiedet und trat sofort in Kraft.

Seit Januar 2016 sind die öffentlich-rechtlichen Medien in Polen deshalb nur noch Hüllen: Mehr als 200 polnische JournalistInnen des Rundfunks und Fernsehens werden entlassen oder zum Rücktritt gezwungen. Stattdessen werden MitarbeiterInnen der mit der regierenden Partei verbundenen kleineren Fernsehsender und Internetportale eingestellt. In Nachrichtensendungen loben sie die Arbeit der „guten Regierung“, die das Land wieder aufrichten wolle.

Der Blick nach Ungarn und Polen, aber auch nach Österreich oder Italien, wo Politiker der rechtsextremen Lega nichts unversucht lassen, um JournalistInnen zu verunglimpfen, zeigt ein düsteres Bild. Die Situation in Deutschland ist bisher eine andere. JournalistInnen können frei arbeiten, müssen keine Verfolgung fürchten, der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird nicht ernsthaft infrage gestellt.

Die Abwehrmechanismen der Zivilgesellschaft funktionieren noch. Eine an Orten wie Chemnitz aufscheinende Pogromstimmung bleibt hierzulande nicht unbeantwortet. Gleichwohl heizt die propagandistische Verdammung von Migration, offener Gesellschaft und Europa die Feindschaft gegen die Eliten, gegen JournalistInnen und vor allem gegen MigrantInnen immer weiter an.

2.2 Der Kampf gegen Frauenrechte und sexuelle Selbstbestimmung

Egal, ob es um Mutterrolle oder Familienbild, um Sexual- oder Gleichstellungspolitik geht, die Rechten verfolgen eine strikt antifeministische Agenda. Attacken auf emanzipatorische Rechte von Frauen und LSBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Intersexuelle), auf Feminismus, auf Sexualaufklärung, die von rechts gern als „Frühsexualisierung“ gebrandmarkt wird, oder auch konkret gegen das Studienfach Gender Studies haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen.

Diese Art Antifeminismus hat konkrete Konsequenzen für Frauen und LSBTI – und zugleich eine Funktion, die darüber hinausgeht:

Er schafft ein Scharnier zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Milieus. Anfeindungen gegen alle, die konservative Geschlechter- und Familienmodelle hinterfragen, wurden neben den Forderungen, Migration zu beschränken oder unmöglich zu machen, in den vergangenen Jahren zu einem unverzichtbaren Teil der rechten politischen Agenda. Als Kampfbegriffe haben „Gender-Gaga“ oder „Gender-Ideologie“ Eingang nicht nur in den rechten Diskurs gefunden, sondern auch und gerade in den konservativen Mainstream.

Denn Antifeminismus und Antigender machen rechte Positionen gesellschaftsfähig, wie etwa die Schweizer Genderforscherin Franziska Schutzbach in einem 2019 veröffentlichten Artikel schreibt: Sie sind zur Chiffre geworden, mit der rechte Weltanschauungen und Positionen anschlussfähig werden und zum Teil bis in die Mitte der Gesellschaft vordringen. „So verschieden die inhaltlichen Positionen sein mögen, beim Feindbild Feminismus oder Gender kann man sich offenbar verständigen.“

Warum das so ist, erklärt etwa die ungarische Genderforscherin Andrea Petö. Erstens, so Petö, sei das Thema Gender in der Lage, die Gefühle von Menschen anzusprechen. „Gender-Ideologie“ werde als Bedrohung konstruiert – als ob sie eine totalitäre Weltsicht sei. Und zweitens werde für ein breites Publikum eine Übereinkunft darüber geschaffen, was entgegen der Perspektive der „IdeologInnen“ gesellschaftlich normal und legitim sei: nämlich die sogenannte traditionelle Ehe und Familie sowie der positive Bezug auf Heimat, Nation und religiöse Werte.

Ein Vorteil für die Rechten: Wer Feminismus oder progressive Geschlechterrollen ablehnt oder entwertet, erscheint, anders als etwa plumpe NationalistInnen oder aggressive RassistInnen, nicht auf Anhieb als eindeutig rechts. Dennoch hat es laut Petö einen ähnlichen Effekt, auch auf dieser Ebene pauschale Feindbilder zu konstruieren: die „Delegitimierung von demokratischen Grundprämissen wie Egalität, Inklusion, Menschenrechten, Minderheitenschutz und Antidiskriminierung“. Die Angriffe auf genderpolitische Errungenschaften sind dabei nicht nur Teil eines jahrhundertalten Antifeminismus, sondern zugleich „ein grundlegend neues Phänomen“, so Andrea Petö: „Sie sind ein Angriff auf den Liberalismus und damit indirekt auf die Demokratie.“

Der Kampf gegen Gender Studies ist etwa in Ungarn weit fortgeschritten und machte im August 2018 Schlagzeilen: Nach jahrelangen Attacken schaffte die dortige Regierung das Studienfach ganz ab. Die ungarische Regierungspartei sei überzeugt, Geschlecht sei biologischer Natur und kein gesellschaftliches Konstrukt – deswegen dürfe man darüber auch nicht reden oder lehren, sagte Kanzleramtschef Gergely Gulyásvi.

Zwar ist Abtreibung in Ungarn bisher erlaubt, doch den „Schutz des Lebens von der Empfängnis an“ hat Orbáns Fidesz-Partei seit 2012 in der Verfassung festgeschrieben. Frauengruppen befürchten deshalb, es könne jederzeit zu Einschränkungen von Schwangerschaftsabbrüchen kommen.

In Polen will die PiS eines der ohnehin restriktivsten Abtreibungsgesetze Europas noch

weiter verschärfen. Ein Schwangerschaftsabbruch ist in dem Land nur dann möglich, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist, sie vergewaltigt wurde oder das Kind eine schwere Behinderung haben würde. Ungewollt schwangeren Frauen bleibt nur, auf verbotene und gefährliche Abbrüche in Hinterzimmern auszuweichen oder ins Ausland zu fahren. 2017 hatten Polinnen 1.061 legale, aber zwischen 80.000 und 200.000 illegale Abbrüche.

Käme der Gesetzesentwurf durch, müssten Frauen auch Kinder austragen, die keine Überlebenschance haben. Diese Kinder könnten dann „getauft und beerdigt werden, und sie könnten einen Namen tragen“, sagte der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński. Doch bisher wurde der Entwurf aufgrund von Protesten der Bevölkerung nicht umgesetzt – Massendemonstrationen von Frauen, die schwarz gekleidet durch die Straßen zogen, stoppten ihn.

Auch auf den Diskurs über reproduktive Rechte in Österreich und Deutschland hat der rechte Backlash Einfluss: Hochrangige FPÖ-VertreterInnen nennen die Gebärmutter den „Ort mit der höchsten Sterbewahrscheinlichkeit im Land“ und kämpfen gegen eine vermeintliche Abtreibungsindustrie. Und die AfD verknüpft das Thema gleich ganz offen mit Einwanderung: Im Programm fordert sie „mehr Kinder statt Masseneinwanderung“; im *ARD-Mittagsmagazin* wird die AfDlerin Christine Anderson deutlich: „Man benötigt mindestens 2,2 Kinder pro Frau, um das Volk aufrechterhalten zu können“, sagte sie. „Mit 1,4 funktioniert es halt nicht.“

In Frankreich ist in den vergangenen Jahren eine Bewegung von GegnerInnen des Ge-

setzes entstanden, das Abtreibungen seit den 1970er-Jahren erlaubt, darunter viele junge Menschen, die sich die „Überlebenden“ nennen. Hier war zudem die Bewegung „La Manif pour tous“ stark, die in verschiedene weitere europäische Länder überschwappte – in Deutschland hieß der Ableger schlicht wörtlich übersetzt „Demo für alle“. Beide kämpfen gegen die Sexualaufklärung in Kindergärten und Schulen, gegen Rechte von homosexuellen Paaren und für die „natürliche“ Ehe und Familie. „Alle zusammen für die Familie“ und „Die Familie braucht dich“ lauten die Slogans auf Plakaten bei den Demos.

2.3 Einfluss auf die Klimapolitik

Greta nervt. Und die „Klimahysterie“ ist nichts anderes als eine „Ersatzreligion“. So steht es auf dem Titelblatt des AfD-nahen *Compact Magazins*. Dort ist die Klimaschützerin Greta Thunberg als Heiligenikone abgebildet. Die „autistische Greta“ und ihre Friday-for-Future-Freunde, die jeden Freitag gegen die drohende Klimakatastrophe auf die Straße gehen, seien bloß „protestierende, pubertierende Schulschwänzer, die Physik und Chemie abgewählt haben“. Das erklärte der AfD-Politiker Bernhard Zimniok im EU-Wahlkampf.

In der 3939 North Wilke Road in Arlington Heights im US-Bundesstaat Illinois kommen solche Sprüche sicher gut an. Arlington Heights ist eine Kleinstadt etwa eine Autostunde von Chicago entfernt. In einem Backsteinhaus mit Parkplätzen und Bäumen vor der Tür hat das Heartland Institute seinen Sitz. Von hier aus

versucht dieser von der Öl- und Energieindustrie finanzierte Thinktank, Einfluss darauf zu nehmen, wie sich die extreme Rechte in Europa in der Klimawandel-Frage positioniert.

Heartland ist einer der einflussreichsten Thinktanks der Konservativen in den USA. Und eines der wichtigsten Zentren jener global organisierten Szene, die den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel leugnet. Es ist dieselbe Strategie, deren sich die Tabakindustrie bediente. Auch ihr gelang es jahrzehntelang, Zweifel daran zu säen, wie gefährlich Rauchen tatsächlich ist. Die Argumente lauteten damals wie heute: Man wisse noch nicht genug. Es könnten auch andere Faktoren schuld sein. Die Wissenschaft sei sich nicht einig.

Genauso und teilweise noch absurder klingt, was RechtspopulistInnen in Europa zur vom Mensch erzeugten Erderwärmung zu sagen haben. Nicole Müller-Boder, Abgeordnete der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei, twitterte im Januar 2019, der Zeichentrickfilm „Ice Age“ beweise, dass der Mensch nicht schuld sei am Klimawandel. „Wenn die Kinder den Film ‚Ice Age‘ kennen und sehen, dass es eine Eiszeit gab, und in einem weiteren Teil gezeigt wird, wie die wieder verschwand, und auch sehen, dass es da noch keine Autos gab oder Industrie, werden sie auch sehen, dass es immer schon einen Klimawandel gab“, schrieb die SVP-Politikerin.

Ähnliches war lange Zeit hindurch auch in der österreichischen FPÖ zu hören. Da erklärte der mittlerweile zurückgetretene FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, das mit dem Klimawandel sei nicht so wild, schließlich sei auch

einst Grönland ganz grün gewesen. Die deutsche AfD stellt im Klimakapitel ihres Parteiprogramms die Forderung „Nein zur großen Transformation“ auf und bezweifelt den vom Menschen verursachten Klimawandel gleich ganz: „Die Aussagen des Weltklimarats, dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert.“

Gerne verweisen AfD-PolitikerInnen auf Institute wie EIKE, das „Europäische Institut für Klima und Energie“ oder auf CFACT, das „Committee for a Constructive Tomorrow“. Klingt beides wissenschaftlich – allerdings verbergen sich dahinter radikale Klimawandelleugner. Unterstützt werden sie vom amerikanischen Heartland Institute.

CFACT aus den USA lehnt staatliche Eingriffe in die Umwelt als Einschränkung unternehmerischer Freiheit ab. EIKE ist das wichtigste Zentrum der KlimawandelleugnerInnen in Deutschland. Sein Slogan lautet: „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit.“

Der kleine Verein mit Sitz in Jena hat beste Kontakte zur AfD. EIKE-Vizepräsident Michael Limburg ist Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse. EIKE habe die AfD auch beraten, berichtet die *Süddeutsche Zeitung*. Seitdem heißt es im AfD-Grundsatzprogramm: „Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert.“ Im Juli 2018 brachte die AfD-Fraktion im Bundestag einen Antrag ein, alle Klimaschutzmaßnahmen sofort zu beenden.

Wenige Tage vor der UN-Klimakonferenz im polnischen Katowice im November 2018 schleuste sie einen Klimaleugner in ein Fach-

gespräch des Umweltausschusses im Deutschen Bundestag ein: Der israelische Physiker Nir Shaviv verkündete dort, die Schwankungen der kosmischen Strahlung seien für die Erderwärmung verantwortlich. Auch VertreterInnen von Heartland und EIKE reisten damals nach Katowice. EIKE lud in ein Viersternehotel, um über die Vorzüge fossiler Energie und die angeblichen Lügen des UN-Klimarats zu sprechen.

Es ist eine alte Strategie, die vor einigen Jahren von den USA nach Europa geschwappt ist und von RechtspopulistInnen gerne aufgenommen wurde.

Schon 1998 schrieb das American Petroleum Institute, die größte Öl- und Gas-Lobbyorganisation, der unter anderem Ölriesen wie ExxonMobil, British Petroleum (heute: BP), Shell und Chevron angehörten, in einem internen Memorandum von einer „Kampagne, um einen Stamm von Wissenschaftlern zu rekrutieren, die die Ansichten der Industrie zum Klimawandel teilen, und sie in Public Relations auszubilden“. So könnten diese Wissenschaftler Politiker und Öffentlichkeit überzeugen, dass die Risiken einer schnellen Erderwärmung nicht so schlimm seien.

Heartland und ähnliche Institute schicken ihre angeblichen Experten quer durch Europa. Fred Singer ist so ein Beispiel. Der US-Atmosphärenphysiker ist eines der bekanntesten Gesichter der Klimawandelleugnerszene. Als „ersten und berühmtesten Wissenschaftler, der öffentlich gegen den Erderwärmungsalarmismus aufgetreten ist“, lobt Heartland seinen Experten. 2010 trat Singer noch auf Einladung der FDP im Deutschen Bundestag

auf. Seit Gründung der AfD im Jahr 2013 ist der Amerikaner einer der Lieblings-Klimaexperten der Partei.

Die Antiklimaschutzpolitik der rechten PopulistInnen zeigt auf europäischer Ebene Auswirkungen. Der Berliner Thinktank Adelphi veröffentlichte im Februar 2019 eine Studie dazu, wie sich die europäischen Rechtsparteien zum Klimawandel positionieren. Die Studie namens „Convenient Truths“ – etwa: „Nützliche Wahrheiten“ – zeigt die ganze Bandbreite: Neben offenen Klimawandelleugnern gibt es Verfechter von „grünem Patriotismus“, die zwar Umweltschutz, nicht aber Klimaschutzmaßnahmen unterstützen. Andere Parteien sind für erneuerbare Energien im Interesse nationaler Autarkie. Insgesamt, so die Adelphi-Studie, stehen rechtspopulistische Parteien Umweltfragen „relativ positiv“ gegenüber, sind jedoch „feindlich gegenüber Multilateralismus und internationaler Zusammenarbeit“.

Adelphi analysiert, wie die Abgeordneten der 21 stärksten rechten Parteien im EU-Parlament in den vergangenen zwei Legislaturperioden bei Klimawandelfragen abstimmten. Das Ergebnis: Im EU-Parlament sind die Parteien der extremen Rechten die größten Bremser einer verbindlichen europäischen Klimaschutzpolitik. Parteien wie die AfD, die FPÖ, die Lega Nord oder Geert Wilders' niederländische „Partei für die Freiheit“ stimmten seit 2009 konsequent gegen so gut wie alle zentralen Klimaschutz- und Energiewende-Anträge.

Nun müssen das nächste Parlament und die nächste EU-Kommission wichtige Weichen stellen, denn im Jahr 2020 muss die EU einen

neuen Klimaplan und neue, verschärfte Klimaziele vorlegen. Da droht die Gefahr, dass eine zahlenmäßig stärker auftretende Allianz der Rechtspopulisten so manches ambitionierte Klimaschutzvorhaben im EU-Parlament bremsen könnte. Allerdings könnte so manch einer der rechten Kameraden in der kommenden Legislaturperiode auch zum abtrünnigen Öko werden. Denn Klimaschutz hat sich zumindest in Westeuropa zu einem politischen Topthema entwickelt, an dem niemand, der Wahlen gewinnen will, mehr vorbeikommt.

Die AfD hält derzeit noch Linie. Nach der EU-Wahl 2019 erklärte AfD-Chef Jörg Meuthen, „die Klimapolitik und die hier verbreitete Hysterie hat uns nicht in die Karten gespielt“. Dennoch gibt es auch bei der AfD erste Stimmen für einen Kurswechsel in der Klimapolitik. Gleich nach der EU-Wahl schrieb die Berliner „Junge Alternative“, die Jugendorganisation der AfD, in einem Brief an die Parteispitze: „Wir fordern die Mandats- und Funktionsträger unserer Partei dazu auf, von der schwer nachvollziehbaren Aussage Abstand zu nehmen, der Mensch würde das Klima nicht beeinflussen.“ Die Jung-Afdler fordern von ihrer Partei nun konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Weltklimas. Greta würde das sicher gefallen.

2.4 Das Verhältnis zu Russland

Die Falle war wohlüberlegt gestellt: eine Neureichen-Villa auf Ibiza, jede Menge Wodka-Red Bull und dazu ein perfekter Lockvogel. Die Frau, die den ehemaligen FPÖ-Chef und österreichischen Vizekanzler Heinz-Christian Strache zu

seinen verhängnisvollen Aussagen animierte, die ihn beide Ämter kosteten, war nicht nur eine attraktive Blondine, die Strache „scharf“ fand – sie gab sich auch als Nichte eines russischen Oligarchen aus. Und von Russland sind nun einmal viele europäische RechtspopulistenInnen fasziniert.

Seit Langem suchen FPÖ, Rassemblement National, AfD und Co. die Nähe zu Moskau. Sie bewundern den russischen Präsidenten Wladimir Putin und sein Regime als personifiziertes Gegenmodell zu dem aus ihrer Sicht liberal verkommenen Westen. Sein Land gibt ihnen eine Vorstellung von einem autoritären System, wie sie es selbst anstreben: mit einem starken Führer, der den vermeintlichen Volkswillen exekutiert und die Eliten entmachtet, mit einer Absage an den Islam, an Homosexuelle und die demokratische Zivilgesellschaft. Und zugleich finden sie in Putins Einflussbereich die weltpolitische Bühne, die ihnen ansonsten oft noch verschlossen ist.

Hinweise darauf, dass Moskau Europas Rechte unterstützt, gibt es viele. Eine russische Bank half Marine Le Pen 2014 mit einem 9-Millionen-Kredit bei der Finanzierung des damaligen Europawahlkampfes. Putin tanzte mit Österreichs damaliger Außenministerin Karin Kneissl auf deren Hochzeit, wofür sich die parteilose Politikerin, die auf einem Ticket der FPÖ im Amt war, mit einem tiefen Kniefall bedankte. Im März 2019 meldete die italienische Zeitung *L'Espresso*, dass Russland den EU-Wahlkampf von Matteo Salvini Lega mit einem schmutzigen Öldeal finanziell unterstützen wollte. Wenig später veröffentlichte der *Spiegel* geleakte

Mails, die zeigen, wie der Kreml AfD-Politiker für seine Zwecke benutzt. Über den heutigen Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier heißt es von russischer Seite: „Er wird ein unter absoluter Kontrolle stehender Abgeordneter sein.“

Schon 2013, die AfD war erst wenige Monate alt, hatte Alexander Gauland in einem Strategiepapier eine Wiederannäherung an die Russlandpolitik Bismarcks empfohlen: „Das Verhältnis zu Russland sollte uns immer eine sorgfältige Pflege wert sein“, hieß es darin. Die AfD wurde damals noch von dem Transatlantiker Bernd Lucke geführt, Gauland war einer seiner Stellvertreter. Heute steht er selbst an der Spitze. 2014 annektierte das Putin-Regime die Krim, ab 2015 mischte es sich verstärkt in den Krieg in Syrien ein. Seit dieser Zeit suchte es mehr als zuvor den Kontakt zu rechten Parteien in ganz Europa.

Im Spätsommer 2014 war Gauland zu Gast in der russischen Botschaft. Kurz danach trat er mit dem Kreml-Lobbyisten Wladimir Jakunin bei der Konferenz „Frieden mit Russland“ des Querfront-Magazins *Compact* auf, schließlich reiste er nach Sankt Petersburg, traf einen nationalistischen Oligarchen und diskutierte mit dem neofaschistischen Ideologen Alexander Dugin, den das US-Magazin *Foreign Affairs* „Putins Hirn“ taufte.

Und so ging es weiter: AfD-Politiker reisten zu Konferenzen in die Ostukraine, näherten sich an die Putin-Jugend an, trafen sich in Moskau mit der Kremlpartei oder der Stadtregierung. Sie nahmen am Jalta-Wirtschaftsforum auf der völkerrechtswidrig annektierten

Krim teil, beobachteten Wahlen in Russland – oder im ukrainischen Donbass, wo von Moskau unterstützte Separatisten Wahlen abhalten ließen.

Oft trafen sie dann RechtspopulistInnen aus anderen Ländern: von der Lega, dem Rassemblement National oder der FPÖ beispielsweise. Einer der reisefreudigsten Freiheitlichen war bislang sicherlich Ex-Fraktionschef Johann Gudenus, der gemeinsam mit Strache auf Ibiza war; im Video spricht er fließend Russisch. 2014 reiste Gudenus als Wahlbeobachter auf die Krim, um zu bezeugen, dass das umstrittene Referendum „ohne Druck oder Zwang“ vonstatten gegangen sei.

Sowohl FPÖ als auch Lega haben sogar schriftliche Vereinbarungen mit Putins Partei geschlossen. In dem Arbeitsübereinkommen, das die FPÖ und die Partei „Vereinigtes Russland“ 2016 unterzeichneten, versprechen sich beide Parteien, in den kommenden fünf Jahren die österreichisch-russischen Beziehungen zu vertiefen und die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder zu unterstützen. Auch wollen beide „zur Erziehung der jungen Generationen im Geiste von Patriotismus und Arbeitsfreude beitragen“. Eine Kooperationsvereinbarung über eine „gleichberechtigte Partnerschaft“ gibt es seit 2017 auch mit der italienischen Lega.

Der polnischen PiS allerdings gefällt diese Phalanx der Putin-Freunde überhaupt nicht. Aus historischen Gründen und aufgrund der geopolitischen Lage wird Russland in Polen sowie im Baltikum mit Argwohn betrachtet. Gerade seit der Annexion der Krim und dem

Krieg in der Ukraine sind die Ängste vor einer russischen Aggression groß.

Auch Stephan Meister beobachtet den rechten Putin-Fanclub besorgt. Der Politikwissenschaftler ist Russlandexperte bei der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ und Leiter des „Robert-Bosch-Zentrums für Mittel- und Osteuropa und Russland“. „Das wichtigste Anliegen Russlands ist, die EU zu destabilisieren“, sagt Meister. „Die Hauptsache ist, den Mainstream zu schwächen. Alles, was dazu beiträgt, ist attraktiv“, so Meister in einem Interview mit der *taz*. Folglich sind Parteien wie die Lega, die FPÖ, der französische Rassemblement National oder eben die AfD attraktive Partner für den Kreml. Niemand setzt der EU heute stärker zu als sie.

Oft wird gemutmaßt, Russland lasse ihnen deshalb Geld zukommen. Doch das wurde, mit Ausnahme des Millionenkredits für den französischen Rassemblement National, bislang nicht nachgewiesen. Tatsächlich ist die wichtigste Währung, mit der Moskau Europas Populisten stützt, Aufmerksamkeit.

2.5 Einfluss auf die europäische Migrationspolitik

Xenophobe Panikmache ist eine zentrale Säule rechtspopulistischer Agitation – auch im EU-Wahlkampf. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán erklärt bei der Vorstellung seines Programms für die Europawahl 2019, durch die Brüsseler Migrationspolitik stehe „die Existenz unserer christlichen Zivilisation auf dem Spiel“. AfD-Spitzenkandidat Jörg

Meuthen behauptet, der sozialdemokratische Spitzenkandidat Frans Timmermans wolle „komplett offene Grenzen“. Der italienische Innenminister und Lega-Chef Salvini sagt im April 2019 in Mailand, die EU schaffe durch die ungesteuerte Zuwanderung einen „islamischen Staat der Angst“. Und in Polen befürchtet der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński, muslimische Flüchtlinge könnten Cholera, Ruhr und „alle Arten von Parasiten und Bakterien, die in den Organismen dieser Menschen harmlos sind“, nach Polen einschleppen.

Kaum eine Rede, die PopulistInnen nicht mit Hetze gegen ZuwandererInnen bestreiten würden. Dass sich die EU damit so sehr unter Druck setzen lässt, hat vor allem mit dem Scheitern ihres Bemühens um eine gemeinsame Migrationspolitik zu tun. Schon lange bevor die RechtspopulistInnen Erfolg hatten, hat sich die Europäische Union auf diesem Gebiet ganz von selbst in eine schwierige Lage gebracht. Wo Offenheit und Ausgleich gefragt waren, ließ sie sich durch nationale Egoismen lähmen. Die Rechten haben dies erkannt und es darauf angelegt, diese Widersprüche auf die Spitze zu treiben. Das ist bis heute eine ihrer wirksamsten Waffen im Kampf um die Macht und gegen Brüssel.

Von Anfang 2013 bis Mitte 2018 kamen etwa 681.000 Flüchtlinge und MigrantInnen über das Mittelmeer nach Italien. Ginge es in Europa gerecht zu, hätte sich Italien gemäß seiner Größe und Wirtschaftskraft um etwa 75.000 von ihnen kümmern müssen – in fünfzehn Jahren. Doch die Lage für Italien ist durch eine fundamentale Unwucht im europäischen Asylrecht

bestimmt: die seit dem 1. März 2003 geltende Verordnung 343/2003, landläufig bekannt als Dublin III. Sie besagt im Kern: Das Land, über das ein Flüchtling in die EU kommt, ist für ihn zuständig. Gehen die Flüchtlinge oder MigrantInnen trotzdem in ein anderes EU-Land, werden sie zurückgeschoben.

In den Staaten an den EU-Außengrenzen kommen die meisten Menschen an. Seit die Ankünfte ab etwa 2003 zu steigen beginnen, fordert die Regierung in Rom einen Ausgleich – erfolglos. Nach 2010 bricht das Asylsystem vor allem in Griechenland, Malta und Italien zusammen. Die Folgen für die Aufnahmesituation der Flüchtlinge sind katastrophal. Länder wie Deutschland, Frankreich, die Niederlande oder Spanien halten gleichwohl an dem Verfahren fest.

Die Lega Nord steht für den „Race to the Bottom“: den Versuch, es den Flüchtlingen im eigenen Land möglichst schlecht gehen zu lassen, auf dass sie weiterziehen. Dieser Wettbewerb der Härte ist einer der Eckpfeiler der Migrationspolitik der RechtspopulistInnen.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán macht dies zum zentralen Punkt seiner Politik. Doch während Italien geschlossene Grenzen und einen Verteilmechanismus will, will Orbán geschlossene Grenzen und keinen Verteilmechanismus. Damit wird er zum Wortführer vor allem der osteuropäischen Populisten des Visegrad-Blocks. So nehmen die Rechten die EU in die Zange – bis heute.

Weil die Ankunfts zahlen im Sommer 2015 weiter stark anstiegen, beschließt die EU im September: 120.000 Menschen sollten in den

folgenden zwei Jahren aus Italien und Griechenland umverteilt werden. Unter anderem Ungarn soll 1.294 Schutzbedürftige aufnehmen, die Slowakei 902. Im Dezember 2015 reichen die Slowakei und Ungarn deshalb Klage vor dem Europäischen Gerichtshof ein. Die ungarische Regierung schaltet in überregionalen Tageszeitungen ganzseitige Anzeigen, in denen auf schwarzem Hintergrund steht: „Die Quote erhöht die Terrorbedrohung.“ Flüchtlinge werden als Bedrohung der inneren Sicherheit dargestellt: „Wir wissen nicht, wer sie sind und was ihre Absichten sind“, heißt es und „Wir wissen nicht, wie viele versteckte Terroristen unter ihnen sind.“

Im September 2017 weist der EuGH die Klagen der Slowakei und Ungarns ab. Ungarn, Polen und Tschechien weigern sich trotzdem, den Beschluss umzusetzen. Drei Monate später verklagt die EU-Kommission die Staaten deshalb beim Europäischen Gerichtshof. Der Visegrad-Block bleibt unbeeindruckt. Ungarns Außenminister Peter Szijjarto sagte im Europaparlament: „Kein Druck wird uns dazu bringen, in der Migrationspolitik nachzugeben.“

Bis zum Auslaufen des Programms im Oktober 2018 nehmen Polen und Ungarn keinen einzigen Flüchtling über den Mechanismus auf, Tschechien 12, die Slowakei 16. Die EU ist grandios gescheitert. Zu lange hat sie nach dem Willen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens am Dublin-System festgehalten. Zu zaghaft und vor allem viel zu spät kamen Korrekturen. Den politischen Schaden hat die Kommission: Die italienische Lega kann weiter behaupten, Brüssel lasse das Land allein –

und Orbán, Brüssel wolle Ungarn muslimische Flüchtlinge aufzwingen.

Dem steht die Tatsache entgegen, dass die Flüchtlingszahlen seit 2016 durch die stetig ausgebaute Abschottung der Außengrenzen immer weiter zurückgehen. Das schwächt Orbáns zentrales politisches Angebot: den Schutz vor der angeblichen Masseneinwanderung. Umso wichtiger ist da seine Dämonisierung Brüssels mit der Behauptung, die Kommission würde genau diese wieder in Gang bringen, wenn er sie nicht daran hindere. Andere Rechtsparteien teilen diese Linie: „Das angestrebte Gemeinsame Europäische Asylsystem lehnen wir mit Nachdruck ab“, heißt es im EU-Wahlprogramm etwa der AfD. Aufnahmequoten lehnt sie als „schweren Eingriff in die nationale Souveränität“ ab.

Verlockend scheint den PopulistInnen die Vorstellung, die Flüchtlinge schon lange vor einer möglichen Ablehnung außerhalb Europas einzuquartieren. Dänemarks Regierungschef Lars Løkke Rasmussen sagt im Juli 2018, idealerweise müssten Asylanträge außerhalb Europas gestellt – und die Einreise erst nach Bewilligung erlaubt werden. Genauso sieht es auch Österreichs damaliger FPÖ-Innenminister Herbert Kickl. Er wollte die Möglichkeit, auf dem Boden der EU Asyl zu beantragen, praktisch abschaffen.

Als humanitären Ausgleich zu solchen Asylslagern favorisiert die EU ebenso wie etwa der deutsche Bundesinnenminister Horst Seehofer die freiwillige Aufnahme per Resettlement. Das heißt: Grenzen zu, Flüchtlinge in Lager in den Transitstaaten, dort trifft der UNHCR eine

Vorauswahl, danach filtern die europäischen Beamten noch einmal – mit einem solchen Modell höchst selektiver Aufnahme könnten sich Rechte und Konservative gleichermaßen anfreunden.

Doch nach aller Erfahrung findet freiwillige Aufnahme nur in mikroskopischen Dosen statt. Noch nie, auch nicht als vor 2010 praktisch keine Flüchtlinge nach Zentraleuropa kamen, gab es die Bereitschaft, Kontingente in nennenswertem Umfang bereitzustellen. Das ist heute nicht anders. Ganze 55.860 Flüchtlinge konnte der UNHCR 2018 weltweit per Resettlement unterbringen – nicht einmal 0,1 Prozent der weltweit fast 66 Millionen Flüchtlinge. Wenn dieses Modell an die Stelle der individuellen Schutzsuche tritt, gehen die allermeisten Flüchtlinge auf der Welt leer aus. Genau darauf läuft es hinaus.

Ein solches Szenario würde allerdings nur dann dauerhaft durchsetzbar sein, wenn es gelänge, die Außengrenzen tatsächlich zu schließen. Die EU und die konservativen Parteien setzen dabei vor allem auf die EU-Grenzschutzagentur Frontex, doch die Rechtsparteien trauen der Agentur nicht. Für sie hat Frontex in den letzten Jahren versagt – schließlich, so deren Lesart, haben es über 1,5 Millionen Flüchtlinge in die EU geschafft, die nicht hätten kommen dürfen. Jordan Bardella, Spitzenkandidat des Rassemblement National, nannte die Grenzschutzbehörde bei einem Wahlkampfauftritt „Empfangsdame für Migranten“.

Die Rechten setzen deshalb auf eine europaweit koordinierte nationale Abschottung. Die EU habe sich auf Hilfe bei Abschiebungen

„sowie bei Verhandlungen über Rückführungsabkommen mit den Herkunftsstaaten“ zu beschränken. Für die Sicherung der Außengrenzen seien in erster Linie die betroffenen Staaten national selbst zuständig, „wie dies von Ungarn beispielhaft vorgelebt wird“, sagt etwa AfD-Chef Jörg Meuthen.

Die Rechten haben die Migrationsfrage nicht auf die Agenda gesetzt. Doch sie vermochten Migration zu dämonisieren und haben so eine Situation geschaffen, in der sie ihre Auffassung, dass MigrantInnen eher sterben sollen, als dass sie unerlaubt diesen Kontinent erreichen, umsetzen können. Paradoxerweise sind sie gleichzeitig auf ebendiese MigrantInnen angewiesen. Nur so bleibt ihr Versprechen greifbar und konkret. Für ihr Projekt einer antiliberalen, renationalisierten politischen Ordnung ist das Migrationsthema auch strategisch von großem Wert. Denn auf diesem Feld vermögen sie die EU heute in einer der für sie wichtigsten Fragen zu blockieren, dauerhaft bloßzustellen und zu schwächen.

2.6 Attacken gegen eine zivilgesellschaftliche Organisation

Matteo Salvini ist erst wenige Tage Innenminister, als er sein wichtigstes Wahlversprechen umsetzt. Italien werde keine Schiffe mit aus Seenot geretteten MigrantInnen mehr in seine Häfen lassen; dies erklärt der Chef der rechtsextremen italienischen Regierungspartei Lega schon im Juni 2018. Seenotrettungs-NGOs würden Italien nur noch „auf einer Postkarte“ zu sehen bekommen.

Und Salvini macht Ernst. Bald drohen KapitänInnen, EignerInnen und BetreiberInnen von Schiffen, die „ohne Genehmigung in italienische Hoheitsgewässer eindringen“, durch ein neues Dekret bis zu 50.000 Euro Geldstrafe. Derzeit bereiten sich zehn ehemalige Crewmitglieder des Rettungsschiffs *Iuventa* auf eine mögliche Anklage wegen „Beihilfe zur illegalen Einreise“ in Sizilien vor. Bis zu zwanzig Jahre Haft sind dafür als Strafmaß vorgesehen.

So geht es nicht nur NGOs in Italien. „Zivilgesellschaftliche und Menschenrechtsorganisationen, die sich gegen ungerechte Gesetze und Regierungspraktiken einsetzen, die öffentliche Meinung oder die Mächtigen infrage stellen und Gerechtigkeit, Gleichheit, Würde und Freiheit fordern, werden vermehrt angegriffen“, schreibt die Menschenrechtsorganisation Amnesty International in ihrem im Februar 2019 veröffentlichten Bericht „*Laws Designed to Silence: The Global Crackdown on Civil Society Organizations*“. In den vergangenen zehn Jahren zeige sich in dieser Hinsicht „ein alarmierender Trend“: „Staaten führen Gesetze ein und gebrauchen sie, um das Recht auf Vereinigungsfreiheit zu behindern“ und der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen einen Maulkorb zu verpassen.

NGOs stehen vor allem in Ländern mit autoritärer Regierung unter Druck. Denn diese nehmen es ungern hin, wenn staatlicher Politik widersprochen wird. Zu unwägbar, zu gefährlich sind offene Debatten für diejenigen, die sich dauerhaft Kontrolle und Macht sichern wollen.

Die Reaktionen auf AktivistInnen oder NGOs, die sich engagieren, können sehr un-

terschiedlich sein: MenschenrechtlerInnen werden eingeschüchtert, ihr Handeln wird abgewertet, manchen werden Profitinteressen unterstellt. So verändert sich das gesellschaftliche Klima, und Menschen, die sich engagieren wollen, werden abgeschreckt. Widerspruch, Protest und Vielfalt werden systematisch zurückgedrängt.

All das geschieht auch in Europa. Der Thinktank Civicus beobachtet Beschränkungen der Zivilgesellschaft weltweit. Nach jüngsten Daten liegen 21 der Länder mit „offenem“ Raum für die Zivilgesellschaft in Europa, 14 davon sind Mitglieder der Europäischen Union. Das bedeutet umgekehrt aber auch, dass die 14 übrigen EU-Staaten bürgerliche Freiheiten einschränken.

In den EU-Staaten Italien und Österreich galt der zivilgesellschaftliche Handlungsraum kürzlich noch als „offen“. Doch nach den Wahlsiegen der Lega in Italien und der FPÖ in Österreich sowie infolge einer Überprüfung der ersten politischen Maßnahmen der jeweiligen Regierungen hat Civicus die Zivilgesellschaft in beiden Ländern herabgestuft und als „beeinträchtigt“ bewertet. Die Entwicklungen in diesen Ländern schwächten die „Botschaft der EU“, sagt Mandeep Tiwana, der den Bereich Strategie und Forschung bei Civicus leitet – diese habe sich schließlich weltweit für Menschenrechte und demokratische Werte eingesetzt.

So sei beispielsweise Österreich noch immer eine grundsätzlich liberale Demokratie, schreiben die AutorInnen eines Berichts namens „Civil Society Index“, der die Rahmenbe-

dingungen für die österreichische Zivilgesellschaft untersucht und im April 2019 veröffentlicht wurde. „Es gibt aber klar beobachtbare Tendenzen, das kritische Potenzial der Zivilgesellschaft sowie ihre Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen einzuschränken.“ Dies sei Ausdruck einer zunehmend autoritären, rechtspopulistischen Politik, wie sie die FPÖ in ihrer Regierungszeit gemacht habe. Die Demokratie Österreichs, heißt es in der Studie, sei „in ihrer Qualität bedroht“.

In Bezug auf das gesellschaftliche Klima lasse sich eine „deutliche Polarisierung des Diskurses“ im Land feststellen; in Bezug auf Demokratie und Partizipation heißt es, dass NGOs „deutlich weniger in Gesetzgebungsverfahren“ einbezogen würden. Die Politik sei intransparenter geworden und kommuniziere kaum noch mit AkteurInnen der Zivilgesellschaft.

In Polen ändert die PiS sogar das Prozedere, mit dem öffentliche Gelder an NGOs verteilt werden. Seit 2017 tut dies eine zentrale staatliche Stelle – was vonseiten der NGOs stark kritisiert wird. Das Institut unterminiere die Unabhängigkeit der polnischen Zivilgesellschaft, heißt es, weil die Gelder vor allem an Organisationen gegeben würden, die der politischen Linie der PiS folgen. Feministische oder LGBTI-Organisationen stehen plötzlich ganz ohne Geld da.

Zu den europäischen Ländern, die NGOs gegenüber am feindseligsten agieren, gehört Ungarn. 2017 verabschiedet die dortige Regierung ein Gesetz zur Transparenz von Organisationen, die aus dem Ausland unterstützt wer-

den. Es zwingt NGOs, die direkt und indirekt Mittel über 25.000 US-Dollar aus dem Ausland erhalten, sich als „NGO, die aus dem Ausland finanziert“ wird, zu registrieren – und dieses als abwertend verstandene Label in allen Veröffentlichungen und auf der Website kenntlich zu machen. Das Gesetz erfordert zudem, Spenden ab 1.175 US-Dollar pro Jahr zu melden und Details zur SpenderIn offenzulegen. Organisationen, die das nicht tun, drohen hohe Strafen und letztlich die Aberkennung des Rechts, in Ungarn tätig zu sein.

Das Gesetz, kritisiert Amnesty, suggeriere, dass NGOs, die aus dem Ausland finanziert werden, entweder „ausländischen Interessen“ dienen oder in Geldwäsche oder in den internationalen Terrorismus verwickelt seien. In Wahrheit aber zielt das Gesetz darauf, vor-

sätzlich NGOs zu attackieren, die für Rechtsstaatlichkeit, den Schutz von Geflüchteten, MigrantInnen oder anderen marginalisierten Gruppen eintreten.

2018 wurden die Schrauben weiter angezogen: das sogenannte „Stop-Soros“-Gesetzespaket wird verabschiedet, benannt nach dem ungarischstämmigen jüdischen Investor George Soros, der liberale, teils linke NGOs auf der ganzen Welt unterstützt. Es nimmt gezielt Einzelpersonen und Organisationen ins Visier, die zur Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen arbeiten. Dabei wird als neues kriminelles Vergehen definiert, „illegale Immigration zu fördern“ – was sowohl auf Personen als auch auf Organisationen angewandt werden und mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden kann.

3 Nach der Wahl: Auf dem Weg zum europäischen Rechtsblock?

Die Zusammenarbeit rechter Parteien auf europäischer Ebene intensiviert sich. Am deutlichsten zeigt sich dies in dem kurz vor der Europawahl von neun rechten Parteien geschmiedeten Bündnis namens „Identität und Demokratie“. Eines ihrer wichtigsten Ziele: Brüssel Kompetenzen zu entziehen, die EU möglichst zu entmachten und dafür die Nationalstaaten zu stärken. Am Tag vor der EU-Wahl im Mai sagte Jörg Meuthen in einem Interview mit der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*, ihm gehe es darum, die „Vereinigten Staaten von Europa zu verhindern“ durch einen „Rückbau des Brüsseler Molochs“. Dazu zählte er auch das Europäische Parlament selbst – für ihn sei dies eben „nicht die ‚Vertretung der Bürger‘, sondern der Erfüllungsgehilfe der Kommission“.

Die starke, einheitliche Fraktion, die die Rechten bräuchten, um ihr EU-feindliches Programm wirklich umsetzen zu können, blieb gleichwohl ein Wunschtraum. Zu groß sind die Unterschiede selbst da, wo das gemeinsame Feindbild feststeht. Teils haben die weit rechts stehenden Parteien große, teils sogar überragende Erfolge erzielt. Doch der ganz große Durchmarsch blieb aus: Die Hoffnung der Rechtspopulisten, sie könnten im neuen EU-Parlament zur stärksten Fraktion werden, blieb unerfüllt.

3.1 Analyse der Wahlergebnisse

Legt man die Fraktionszugehörigkeiten der vergangenen Legislaturperiode zugrunde, so gewannen die Parteien, die den bisherigen rechten Fraktionen „Europa der Freiheit und

der direkten Demokratie“, „Europa der Nationen und der Freiheit“ und „Europäische Konservative und Reformen“ angehörten, zusammen mit der ungarischen Fidesz nur 11 der insgesamt 751 Sitze hinzu. Insgesamt kommen die Rechten nun auf 176 Sitze – das ist ziemlich genau ein Viertel.

Rechte Galionsfiguren konnten in mehreren Ländern triumphieren: In Frankreich gelang es Marine Le Pens Rassemblement National, an der Partei des Präsidenten Emmanuel Macron vorbeizuziehen, in Italien holte die Lega 34,3 Prozent.

Manche rechte Parteien hingegen verloren: Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders etwa wird im neuen Parlament nicht vertreten sein; er holte nur rund 3,5 Prozent der Stimmen. Dafür bekam das rechte „Forum voor Democratie“ über 10 Prozent. In Dänemark verloren die NationalistInnen der Dänischen Volkspartei; im Vergleich zu ihrem Rekordergebnis von mehr als 26 Prozent bei der letzten EU-Wahl büßte die Partei mehr als 15 Prozentpunkte ein. Die „Wahren Finnen“ holten bei den Parlamentswahlen im April noch 17,5 Prozent, jetzt waren es noch 13,8 Prozent. Der Aufstieg der Rechtspopulisten in Skandinavien scheint zumindest gebremst.

Der „Ibiza-Effekt“ nach der Veröffentlichung der Skandalvideos mit dem FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache ist in Österreich spürbar, führt aber nicht zu anderen Verhältnissen: Die FPÖ lag vor der Wahl in Umfragen bei 23 Prozent, tatsächlich erzielte sie immerhin noch 17,2 Prozent. Der Partei war es gelungen, sich als Opfer zu inszenieren: Die Verschwörungs-

theorie, die in ihrem WählerInnenmilieu greift, lautet: Strache sei ein Opfer krimineller Mächte aus dem Ausland, die daran arbeiteten, die FPÖ zu stürzen. Der Slogan der Partei „Jetzt erst recht“ zieht. Und das Alleinstellungsmerkmal, die einzige Anti-EU-Partei zu sein, ebenfalls. Die FPÖ fühlt sich dabei eingebettet in eine starke europaweite Rechte: Diese habe einen „Riesenerfolg“ eingefahren, sagte FPÖ-Spitzenkandidat Harald Vilimsky.

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hatte zwei Ziele: Erstens wollte er das stärkste Ergebnis einer europäischen Partei überhaupt einfahren. Zweitens wollte er eine Mehrheit gegen Einwanderung im EU-Parlament. Letztlich erzielten die Sozialdemokraten auf Malta mit 55 Prozent das stärkste Ergebnis; mit 52,3 Prozent bleibt Orbáns Fidesz hinter den eigenen Ansprüchen zurück.

Im EU-Parlament hatte Orbán darauf gehofft, dass die Rechten stark genug würden, um alle anderen insbesondere bei der Migration blockieren zu können. Aber diese Mehrheit scheint es nicht zu geben. Sein traditioneller Partner ist die PiS – und die geht kaum mit der AfD zusammen. Entsprechend schmallippig zeigt sich Orbán nach der Wahl. Er hatte sich in Ungarn als großer Anführer einer neuen rechten europäischen Politik geriert. Nun muss er womöglich seinen Frieden mit der EVP schließen. Tage nach der Wahl hatte Orbán noch gesagt, er werde „genau verfolgen“, ob die EVP eine Richtung einschläge, die mit Ungarns Interessen in Einklang zu bringen sei. „Wenn ja, werden wir bleiben. Wenn nicht, werden wir in einer neuen Formation sitzen.“

Doch nachdem sich abzeichnet, dass die neue rechte Gruppe deutlich kleiner und damit machtloser ausfallen wird, als deren Verfechter geglaubt hatten, rudert Orbán zurück und kündigt an, doch in der konservativen Parteienfamilie zu bleiben. „Ich glaube, es ist besser für uns. Es ist auch das Beste für die EVP“, sagte er. Als Zugeständnis lässt er eine umstrittene Justizreform kippen, die ab nächstem Jahr eine neue, von der Regierung gelenkte Verwaltungsgerichtsbarkeit geschaffen hätte. Von außen wirkt Orbáns Wahlergebnis als großer Sieg. Aus ungarischer Perspektive ist es keiner.

Als „Sieg für das Volk“ und „Ohrfeige“ für Präsident Macron hingegen stellt Marine Le Pen ihr Wahlergebnis von 23,3 Prozent hin und behauptet, es bestätige die „nationalistisch-globalistische Spaltung“. Macron habe „keine andere Wahl, als die Nationalversammlung aufzulösen“ – was dieser allerdings prompt ablehnt. Tatsächlich hat Le Pens Rassemblement National gegenüber der letzten EU-Wahl etwa 1,5 Prozent verloren. Doch ihre Position sowohl als führende oppositionelle Partei in Frankreich als auch unter den Nationalisten Europas hat sie gefestigt. Letzteres ist deshalb wichtig für sie, weil sie von einer „Großen Koalition“ der Nationalisten träumt – und zwar am liebsten unter ihrer Führung. Immer wieder kündigt sie während des Wahlkampfs an, das Personal zu „ersetzen“, das „an der Spitze des totalitären Systems“ steht, wie sie die EU nennt.

In Polen hat die PiS mit 7 Prozentpunkten Abstand gewonnen. Es ist ihr gelungen, vor allem die ländliche Bevölkerung zu mobilisieren, gerade im östlichen und südlichen Landes-

teil – Menschen, die eigentlich selten zur Wahl gehen, schon gar nicht bei der Europawahl, aber diesmal eben doch. Den größten Ansturm auf die Wahllokale gab es genau dann, als die Messe vorbei war. Die eng mit der PiS verbundene Kirche mobilisiert viele Menschen. Dabei wurde erst kurz zuvor in Polen ein Dokumentarfilm veröffentlicht, in dem es um Fälle von Kindesmissbrauch in der polnischen katholischen Kirche geht. Doch anders als in anderen Ländern führt das in Polen nicht dazu, dass die Kirche wirklich unter Druck gerät. Stattdessen wird der Spieß umgedreht: Wer die Faust gegen die Kirche erhebt, greift Polen an, heißt es seitens der PiS.

Auch in Italien stellt Lega-Chef Matteo Salvini sich an die Seite der Kirche und kommentiert die Wahlen mit einem Rosenkranz in der Hand. „Ein neues Europa ist geboren“, sagt er. Salvini ist der absolute Wahlsieger in Italien, seine Partei gewinnt ein Drittel der italienischen Stimmen – über 25 Prozentpunkte mehr als bei der vorigen Europawahl 2014. Die Lega entsendet nun 29 Abgeordnete und ist somit zusammen mit der CDU und Nigel Farage Brexit Party eine der stärksten Parteien.

Es sind Männer wie Teuvo Hakkarainen von den Wahren Finnen, der über „Negerlummel“ herzieht und Schwule und Lesben auf eine Insel verbannen will, damit sie da „ihre Idealgesellschaft bilden können“. Oder der AfDler Nicolaus Fest, der sagt: „Wir riefen Gastarbeiter, bekamen aber Gesindel“, und arabischen, türkischen und afrikanischen Jugendlichen vorhält, „primitiv und böse“ zu sein. Oder der Este Jaak Madison von der EKRE-Partei, der Faschis-

mus eine Ideologie nennt, die „aus vielen positiven und für die Erhaltung des Nationalstaates notwendigen Nuancen zusammengestellt ist“.

Kann es ihnen gelingen, die liberalen Demokratien zu zerstören?

Sie sind ein Machtfaktor, keine Frage. Doch dabei darf man nicht vergessen, dass die EU seit der vorigen EU-Wahl im Mai 2014 durch den Umgang mit den ankommenden Flüchtlingen eine ihrer schwersten Krisen erlebt hat. Auf genau diesem Feld haben die RechtspopulistInnen immer wieder versucht, die EU anzuzählen, und die Totenglocken für „Altparteien“ und „Brüsseler Eliten“ geläutet. Mit der Migration haben sie das gesamte Parteiensystem und auch die Kommission vor sich hergetrieben, jahrelang.

Doch bei der EU-Wahl 2019 stimmen insgesamt weniger als 3 Prozentpunkte mehr Menschen als bei der Wahl 2014 für offen xenophobe und EU-feindliche Parteien. Bedenkt man, was in der Zwischenzeit geschehen ist, ist das kein sonderlich starker Zuwachs.

Es ist die Klimapolitik, die zulasten des Migrationsthemas jüngst an Gewicht gewonnen hat. Die Rechten haben auf diesem Feld nichts zu bieten. Die Agenda wird hier von anderen gesetzt. Man kann das Wahlergebnis durchaus so lesen, dass die PopulistInnen womöglich die Themenhoheit wieder verloren und ihr Potenzial erst einmal ausgeschöpft haben.

3.2 Ausblick auf die Zeit nach der Wahl

Mitte Juni gründen die Rechten offiziell ihre neue Fraktion namens Identität und Demokratie mit insgesamt 73 Abgeordneten. Statt stärks-

te Partei zu werden, liegt die Gruppe nach der Europäischen Volkspartei, den Sozialisten, den Liberalen und den Grünen nur an fünfter Stelle. Dabei sind: Vlaams Belang (VB), Belgien; Dänische Volkspartei (DF), Dänemark; Alternative für Deutschland (AfD), Deutschland; Estnische Konservative Volkspartei (EKRE), Estland; Wahre Finnen (PS), Finnland; Rassemblement National (RN), Frankreich; Lega, Italien; Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Österreich; Svoboda a přímá demokracie, Tschechien.

„Wir sind hierher gekommen, um Stachel im Fleisch der Eurokraten zu sein“, sagt AfD-Chef Jörg Meuthen.

Wie das aussehen kann, das zeigte prompt Italien. Der neue Fraktionschef von „Identität und Demokratie“ ist Marco Zanni von der Lega. Er machte direkt nach seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden klar, dass die Lega es ernst meint mit der nationalen Autonomie – vor allem in der Finanzpolitik. „Es gibt unterschiedliche Visionen, wie man Wachstum schafft“, sagte er bei einer Pressekonferenz in Brüssel. „Und für Wachstum in Europa als Ganzem muss den Mitgliedsstaaten Flexibilität gegeben werden.“

Italien weist mit über 2 Billionen Euro eine der höchsten Staatsverschuldungen weltweit auf. Die Schuldenquote – also das Verhältnis der Staatsschulden zur Wirtschaftskraft – lag 2018 bei 132 Prozent; es war die zweithöchste in der EU, hinter Griechenland. Erlaubt ist nach Maastricht-Kriterien lediglich eine Schuldenquote von 60 Prozent.

Doch die Regierung aus Lega und 5-Sterne-Bewegung braucht Geld für ihre Wahlversprechen wie die Einführung eines Grundeinkom-

mens und die Absenkung des Renteneintrittsalters. Sie plant trotz des hohen Schuldenstandes eine Neuverschuldung von über 2 Prozent. Eigentlich wäre damit ein Strafverfahren der EU mit möglichen Geldbußen in Milliardenhöhe fällig. Doch die Kommission lenkt Anfang Juli überraschend ein und gewährt damit Italien ebenjene „Flexibilität“, die Zanni verlangt hatte. Rom verpflichtet sich, Ausgaben, die für das Bürgereinkommen und die Rentenreform veranschlagt wurden und nicht angefallen sind, vorerst einzufrieren – ein vergleichsweise geringes Zugeständnis.

Die AfD hatte vor Kurzem noch gewarnt, Italien wolle „Schulden auf unsere Kosten machen“, denn durch die „Fehlkonstruktion Euro wird es am Ende eine Schuldenunion geben, in der vor allem Deutschland für die Ausgaben anderer Länder zahlen muss“.

Nach dem Einlenken der Kommission im Schuldenstreit hieß es nur von der CSU, die italienische Regierung habe es „einmal mehr geschafft, der Kommission Sand in die Augen zu streuen“, die „kosmetischen Änderungen“ an den Haushaltsentwürfen änderten nichts daran, „dass die Gesamtverschuldung jedes Jahr weiterwächst und das Defizit inakzeptabel hoch ist“ – exakt das, was die AfD stets gesagt hatte. Doch die wollte ihren neuen Partner offenbar nicht gleich brüskieren – und schwieg.

Welchen Einfluss die Rechten insgesamt haben werden, hängt vor allem vom Verhalten der Konservativen ab. Es besteht kein Zweifel, dass die Populisten ihnen Angebote für die themenbezogene Zusammenarbeit machen werden: Gegen „Genderwahn“, „Überfremdung“,

„Islamisierung“ oder die Vergemeinschaftung von Schulden.

In der konstituierenden Phase des neuen Parlaments allerdings zeigen die übrigen Parteien keinerlei Neigung, den Rechten entgegenzukommen. Abgeordnete der „Identität- und Demokratie“-Fraktion erhalten keine einzige der Schlüsselpositionen in den zwanzig ständigen EU-Parlamentsausschüssen. ID hatte Anspruch auf den Vorsitz der Ausschüsse für Landwirtschaft und Recht erhoben. Auch den Posten des ersten stellvertretenden Vorsitzenden im Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO), den ID mit dem Belgier Gerolf Annemans besetzen wollte, bekommen sie nicht. Ebenso fallen alle ID-KandidatInnen bei der Ernennung der 14 VizepräsidentInnen durch, jedenfalls für die erste Hälfte der Legislaturperiode, für die zunächst gewählt wurde.

Die ID-Fraktion ist wenig erbaut von der geschlossenen Front gegen sie: „Wir sehen einen unerträglichen Angriff auf die grundlegendsten Regeln der Demokratie“, sagt die Italienerin Mara Bizzotto von der Lega. AfD-Chef Jörg Meuthen spricht von einer „Totalverweigerung demokratischer Grundprinzipien“. Die Parteien der ID-Fraktion hätten bei der Wahl insgesamt rund 21 Millionen Stimmen bekommen und nun „keinerlei Repräsentanz im Parlamentspräsidium“.

Es ist vor allem der sozialdemokratische Italiener und neue Parlamentspräsident David Sassoli, der schon kurz nach der Wahl dafür wirbt, dass alle proeuropäischen Abgeordneten rechte Kandidaten gemeinsam bei den Abstimmungen durchfallen lassen. „Nationalismus, der zur Ideologie wird, ist ein Virus“, sagte Sassoli.

Literaturauswahl

Amann, Melanie: Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert. Droemer Knauer: München, 2017.

Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul: Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert, wie sie die Gesellschaft verändern. Rowohlt: Hamburg, 2019.

Für Europa. Gegen Europa. Die radikale Rechte vor der Wahl, in: der rechte Rand, Ausgabe 179, Januar/Februar 2019.

Gürgen, Malene/Hecht, Patricia/Horaczek, Nina/Jakob, Christian/am Orde, Sabine: Angriff auf Europa. Die Internationale der Rechtspopulisten. Ch. Links Verlag: Berlin, 2019 (erscheint voraussichtlich September).

Langebach, Martin/Speit, Andreas: Europas radikale Rechte. Bewegungen und Parteien auf Straßen und in Parlamenten. Orell Füssli: Zürich, 2013.

Ötsch, Walter/Horaczek, Nina: Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung. Westend: Frankfurt/Main, 2017.

Salzborn, Samuel: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Beltz Juventa: Weinheim, 2017.

Speit, Andreas: Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida. Orell Füssli: Zürich, 2016.

Speit, Andreas (Hg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Ch. Links Verlag: Berlin, 2016.

Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Klett-Cotta: Stuttgart, 2017.

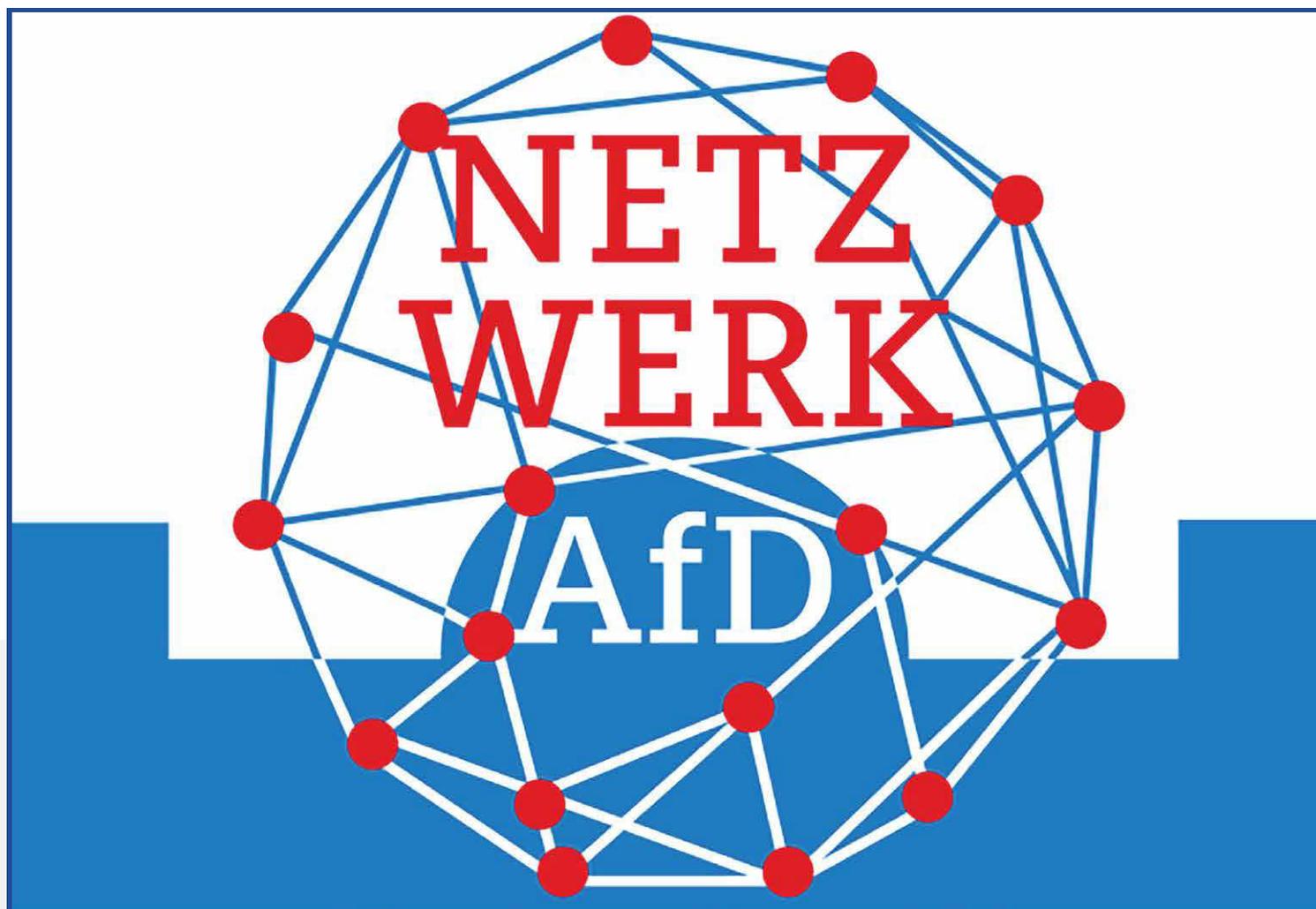
AutorInnenverzeichnis

Malene Gürgen	Redakteurin mit dem Schwerpunkt neue und extreme Rechte, <i>taz, die tageszeitung</i>
Patricia Hecht	Redakteurin mit dem Schwerpunkt Gender, <i>taz, die tageszeitung</i>
Christian Jakob	Redakteur mit dem Schwerpunkt Migration, <i>taz, die tageszeitung</i>
Sabine am Orde	Redakteurin mit dem Schwerpunkt AfD, <i>taz, die tageszeitung</i>

Unter Mitarbeit von

Tristan Berteloot	Redakteur der französischen Tageszeitung <i>Libération</i> , Paris
Katarzyna Brejwo	Redakteurin der polnischen Tageszeitung <i>Gazeta Wyborcza</i> , Warschau
Annalisa Camilli	Redakteurin der italienischen Wochenzeitung <i>Internazionale</i> , Rom
Márton Gergely	Redakteur der ungarischen Wochenzeitung <i>hvg</i> , Budapest
Nina Horaczek	Redakteurin der österreichischen Wochenzeitung <i>Falter</i> , Wien
Anna Jikhareva	Redakteurin der schweizerischen Wochenzeitung <i>WOZ</i> , Zürich
Johanna Luysen	Redakteurin der französischen Tageszeitung <i>Libération</i> , Paris
Bartosz Wielinski	Redakteur der polnischen Tageszeitung <i>Gazeta Wyborcza</i> , Warschau
Jacopo Zanchini	Redakteur der italienischen Wochenzeitung <i>Internazionale</i> , Rom

Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde (Redaktion)



Netzwerk AfD

Die neuen Allianzen im Bundestag

Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2018

OBS-Arbeitspapier 30

- Nr. 37 Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“ – Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand (Michael Haller)
- Nr. 36 Krimis, Kontroversen, Kochrezepte – Das Regionale in den Dritten der ARD – mit aktuellen Programmanalysen von rbb und SWR (Joachim Trebbe, Eva Spittka)
- Nr. 35 Agenda-Setting bei ARD und ZDF? – Analyse politischer Sendungen vor der Bundestagswahl 2017 (Marc Liesching, Gabriele Hooffacker)
- Nr. 34 Demoskopie, Medien und Politik – Ein Schulterschluss mit Risiken und Nebenwirkungen (Thomas Wind)
- Nr. 33 Zwischen Fanreportern und Spielverderbern – Fußballjournalismus auf dem Prüfstand (Tonio Postel)
- Nr. 32 Unsichere Arbeit – unsichere Mitbestimmung. Die Interessenvertretung atypisch Beschäftigter (Berndt Keller)
- Nr. 31 Aufstocker im Bundestag III – Eröffnungsbilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten zu Beginn der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 30 Netzwerk AfD – Die neuen Allianzen im Bundestag (Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde)
- Nr. 29 Lindners FDP. Profil – Strategie – Perspektiven (Michael Freckmann)
- Nr. 28 Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn)
- Nr. 27 Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen (Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler)
- Nr. 26 Aufstocker im Bundestag II – Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner, Anne Beier)
- Nr. 24 #MythosTwitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König, Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Animator – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Art, Wolfgang Storz)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 29. Mai 2018 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 99**
Tobias Gostomzyk, Daniel Moßbrucker
„Wenn Sie das schreiben, verklage ich Sie!“
Studie zu präventiven Anwaltsstrategien gegenüber Medien
- **OBS-Arbeitsheft 98***
Lutz Frühbrodt, Annette Floren
Unboxing YouTube
Im Netzwerk der Profis und Profiteure
- **OBS-Arbeitsheft 97***
Wolfgang Schroeder, Stefan Fuchs
Neue Mitglieder für die Gewerkschaften
Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall
- **OBS-Arbeitsheft 96**
Rainer Faus, Simon Storks
Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?
OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration
- **OBS-Arbeitsheft 95***
Bernd Gäbler
AfD und Medien
Erfahrungen und Lehren für die Praxis
- **OBS-Arbeitsheft 94***
Olaf Hoffjahn, Oliver Haidukiewicz
Deutschlands Blogger
Die unterschätzten Journalisten
- **OBS-Arbeitsheft 93***
Michael Haller
Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien
Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information
- **OBS-Arbeitsheft 92***
Bernd Gäbler
AfD und Medien
Analyse und Handreichungen
- **OBS-Arbeitsheft 91***
Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.
Die AfD vor der Bundestagswahl 2017
Vom Protest zur parlamentarischen Opposition
- **OBS-Arbeitsheft 90***
Hans-Jürgen Arlt, Martin Kempe, Sven Osterberg
Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema
Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 89***
Christina Köhler, Pablo Jost
Tarifkonflikte in den Medien
Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

Diese und weitere Publikationen der OBS finden Sie unter www.otto-brenner-stiftung.de
Otto Brenner Stiftung | Wilhelm-Leuschner-Straße 79 | D-60329 Frankfurt/Main

OBS-Arbeitspapier 38

Rechte Allianzen in Europa

Wie sich NationalistInnen gegen die EU verbünden